



Im Dialog bleiben, voneinander lernen!

Handbuch der kommunalen Politik
für Lesben und Schwule in NRW



www.lesben-nrw.de
www.schwules-netzwerk.nrw

2. überarbeitete Auflage von
Alltagswelten - Expertenwelten | Band 12



Vorwort der Landesverbände Kommunal gemeinsam Stärke zeigen

INHALT

Vorwort	3
GayCom - Schwul/lesbischer Städtetag	4
Kommunale Koordinierungsstellen	5
> Beispiel Dortmund	6
> Beispiel Essen	8
> Beispiel Duisburg	9
> Beispiel Köln	10
Kommunale Zusammenarbeit	12
> Beispiel Düsseldorf	13
> Beispiel Münster	14
Kommunale Netzwerke und Verbände	15
Dinge bewegen trotz Sparhaushalt	16
Im Gespräch mit Angela Hebeler	18
Auswahl an Adressen	19
Einfluss nehmen - Kommunalpolitik für alle	20
> Kommunale Entscheidungswege	21
> Einmischen und Mitbestimmen	22
Finanzierung. Wer macht's möglich?	24
> Öffentliche Förderung	26
> Stiftungen und mehr	27
> Fundraising	28
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	31
> Presseverteiler und -mitteilungen	32
> Online PR	34

Impressum

Herausgeber_innen

LAG Lesben in NRW e.V.
Sonnenstraße 14
40227 Düsseldorf
www.lesben-nrw.de

Schwules Netzwerk NRW e.V.
Lindenstraße 20
50674 Köln
www.schwules-netzwerk.nrw

V.i.S.d.P.

Gabriele Bischoff
Markus Johannes

Redaktion

Susanne Lück, lückenlos Köln

Gestaltung und Produktion

Markus Johannes

2. überarbeitete Auflage 2015
(1. Auflage 2005)

gefördert vom:

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Liebe Leser_innen,

in ganz Nordrhein-Westfalen gibt es eine Vielzahl von Initiativen, die sich vor Ort für mehr Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans*-Personen einsetzen und aktiv kommunales Leben mitgestalten. Viele dieser Initiativen haben sich unter dem landesweiten Dach des Schwulen Netzwerks NRW und der Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW zusammengefunden. Beide Dachverbände und ihre regionalen Mitgliedsorganisationen sind für die Landesregierung NRW wichtige Gesprächspartner_innen, wenn es um eine nachhaltige Politik für gleichgeschlechtliche Lebensweisen geht.

Das vorliegende „Handbuch der kommunalen Politik für Lesben und Schwule in NRW“ ist die 2. überarbeitete Auflage eines bereits 2005 erschienen 12. Bandes im Rahmen der Schriftenreihe „Alltagswelten - Expertenwelten“. Es dokumentiert vielfältige Ansätze und beachtliche Erfolge beim Abbau der immer noch bestehenden Diskriminierungen von homosexuellen Mitbürger_innen in unserem Land.

Seit mehr als 30 Jahren gibt es eine aktive Politik für Lesben und Schwule in Nordrhein-Westfalen. Die Erfahrungen mit der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Teilhabe und Sichtbarkeit von Lesben und Schwulen sind auf kommunaler Ebene allerdings sehr unterschiedlich. Eines zeigt dieses Handbuch jedoch auch nach 10 Jahren ganz klar: Dort, wo ein fruchtbares Miteinander gelebt wird, profitieren die Kommunen und alle Bürger_innen gleichermaßen.

Dieses Handbuch dokumentiert Erfahrungen und Wissen für alle, die im Bereich kommunaler Politik für Lesben und Schwule tätig sind - sei es in der Politik, in der Verwaltung oder im Bereich der lesbisch/schwulen Selbstorganisation. Das Buch wendet sich daher gleichermaßen an kommunale Politikerinnen und Politiker, an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der örtlichen Verwaltung sowie an die in den Städten und Gemeinden politisch aktiven Lesben und Schwulen.

Das Handbuch veranschaulicht beispielhaft, wie kommunalpolitische Strukturen aufgebaut sind, wie die Wege gesellschaftspolitischer Willensbildung verlaufen und wie entsprechende Entscheidungen gefällt werden. Gleichzeitig wird deutlich, dass lesbisch/schwule Initiativen und Gruppen sich je nach ihrer eigenen Entstehungsgeschichte mit sehr individuellen Themenschwerpunkten beschäftigen und dass diese Organisationen jeweils unterschiedlich stark in der Kommune verankert sind.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW und das Schwule Netzwerk NRW danken allen Personen und Gruppen, die an der Erstellung dieses Handbuchs mitgewirkt haben. Wir wünschen allen Engagierten und Interessierten eine anregende Lektüre und viel Rückhalt bei ihren Projekten!

Möge dieses Handbuch Ansporn für alle sein, die Erfolge der letzten Jahre auf kommunaler, regionaler und auf Landesebene fortzusetzen, zu intensivieren und konstruktiv zu gestalten.

Gabriele Bischoff
Geschäftsführerin LAG Lesben in NRW

Markus Johannes
Landesgeschäftsführer Schwules Netzwerk NRW

GAYCOM - Der Städtetag für Lesben und Schwule in NRW

Auf der GAYCOM treffen sich politisch Aktive der Kommunen aus ganz Nordrhein-Westfalen alljährlich zum Erfahrungsaustausch - ein wichtiges Forum für Lesben-, Schwulen- und mittlerweile auch Transidentpolitik.

Das jährliche Vernetzungstreffen GAYCOM bietet den kommunalpolitisch Aktiven in NRW ein regelmäßiges, landesweit effektives Forum. Hier tauschen sich Vertreter_innen* aus Vereinen, Politik und Verwaltung und alle, denen die regionale Interessenvertretung für Lesben, Schwule und Transidente wichtig ist, miteinander aus. Eingeladen sind beispielsweise Mitwirkende von kommunalen Fachstellen, Referaten, Runden Tischen oder Arbeitsgemeinschaften der örtlichen Lesben-, Schwulen- und Transidentbelange. Auch Akteurinnen und Akteure aus der Landes- und Bundespolitik sind bei den Vernetzungstreffen dabei.

Wechselnde Gastgeberstädte

In wechselnden Gastgeberstädten besprechen die Teilnehmenden aktuelle Entwicklungen, Erfolge und Handlungsbedarfe in der LSBT-Politik, stellen laufende Projekte und Ausblicke auf die Zukunft vor. Kommunale Ratsvertreter_innen und örtliche Anlaufstellen können sich einen umfassenden Überblick über die Situation ihrer Bürgerinnen und Bürger aus LSBT-Communities verschaffen. LSBT-Akteure können aus den Erfahrungen anderer ihre eigenen Positionen und Bedarfe besser formulieren und die Kommunen werden angeregt, Best Practice Beispiele aus anderen Regionen zu übernehmen und umzusetzen. Daraus entstehen gegenseitig befruchtende Kooperationen.

Geschichte der GAYCOM

Die Koordination der GAYCOM übernehmen die Landesverbände Schwules Netzwerk NRW und LAG Lesben in NRW gemeinsam. Die parteiunabhängige Veranstaltung begann 2003 als „Lesbisch-schwuler Städtetag“ in Dortmund. Seitdem tagte die GAYCOM - teilweise mehrfach - in Wuppertal, Essen, Duisburg, Düsseldorf, Bielefeld und Köln. Im September 2014 lud der Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters die GAYCOM erstmals in den Ratssaal des Kölner Rathauses ein.

Zeichen für Fortschritte

Im Herbst 2015 findet die GAYCOM zum zwölften Mal statt. Gastgeberin ist die Stadt Münster. Die Einladung erfolgte erstmals auf Grundlage eines einstimmigen Ratsbeschlusses durch den Oberbürgermeister Markus Lewe. Die FDP-Fraktion begrüßt die GAYCOM in Münster als Zeichen für „weitere Fortschritte der Stadt im Bereich Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle und Queere“.

Eine Themenauswahl der GAYCOM-Treffen:

- kommunale Handlungs- und Forderungskataloge
- kommunale und landespolitische Wahlprüfsteine
- Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in NRW
- kommunale Projektförderung
- Beispiele kommunalen Handelns aus den Städten
- Trans-Gesundheit
- Antidiskriminierungsarbeit vor Ort
- Diversity-Arbeit vor Ort
- Jugend- und Altenarbeit vor Ort
- Städtepartnerschaften im Hinblick auf LSBT
- Kooperation mit der AIDS-Hilfe
- Hirschfeld-Tage in NRW

So funktioniert's in NRW-Kommunen 1. Kommunale Koordinierungsstellen

Wenn sich in einer Kommune eine offizielle Stelle ausschließlich um die Belange von Bürgerinnen und Bürgern aus dem LSBT-Kontext kümmert, gewinnt die politische Arbeit über Gremiengrenzen hinweg an Regelmäßigkeit und Sichtbarkeit. Hier wird das Thema breitestmöglich verankert - nach innen wie nach außen.

Nirgends läuft die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Verbänden institutionalisierter ab als in einer speziellen kommunalen LSBT-Koordinierungsstelle. In Dortmund und Essen gibt es bereits solche Stellen, die in der Vermittlerrolle zwischen Community, Verwaltung und Stadtrat agieren. Ihre Schwerpunkte sind Antidiskriminierung, Aufklärung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Ihr übergeordneter Auftrag ist die Sichtbarkeit von LSBT als Querschnittsthema sowohl in der Stadtverwaltung als auch in der Öffentlichkeit.

Langer Weg zur festen Vertretung

Am Anfang standen in den Städten einzelne Vereine mit unterschiedlichen Interessen der Lesben, Schwule oder Transidenten. Die Vereine schlossen sich zu kommunalen Netzwerken zusammen (siehe auch S. 22-24). Über Jahre arbeiteten sie an einer Verpflichtung der Kommunen zur Beendigung von Ausgrenzung und Benachteiligung. So holten sie sich Unterzeichner_innen* ins Boot, wie z. B. die Stadt Essen mit dem „Handlungskonzept Gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ 1999 oder mehrere Städte mit der Charta der Vielfalt 2008. Erst das ebnete den Weg zu einer letztlich festen Einbindung von LSBT-Vertretungen in die kommunalen Strukturen.

Lokal verankert

Die heutigen LSBT-Koordinierungsstellen sind Errungenschaften, die kommunal-politisch Aktive nach langer Vorarbeit durchsetzen konnten. In Dortmund war es z. B. neben dem kommunalen Verband SLADO (Schwul-lesbischer Arbeitskreis Dortmund) der Runde Tisch zur Förderung der Emanzipation und Akzeptanz von Lesben, Schwulen und Transidenten, der den Oberbürgermeister Ullrich Sierau nach seinem Wahlversprechen beim Wort nahm und die neue Koordinierungsstelle 2011 in seinem Amt einrichten ließ. In Essen brachte das kommunale Netzwerk F.E.L.S. (Forum Essener Lesben und Schwule) die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für LSBT beim Amt für Soziales und Wohnen auf den Weg.

Sichtbarkeit unter anderem Dach

Auch in übergeordneten Dienststellen mit breiterer Aufgabenstellung wird viel erreicht - etwa in der Punktdienststelle Diversity in Köln oder dem Referat für Gleichberechtigung und Chancengleichheit in Duisburg. Dort gibt es ebenfalls Ansprechpartnerinnen und -partner speziell für LSBT-Fragen.



Best Practice Beispielhaft in Dortmund

Seit einigen Jahren hat die Stadt Dortmund mit Susanne Hildebrandt in der Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule und Transidente eine feste Beauftragte für LSBT-Themen innerhalb der Stadtverwaltung.

Dortmund hat eine lange Tradition in der Selbsthilfearbeit lesbischer, schwuler und transidenter Gruppen. Mit dem KCR feierte kürzlich das älteste Lesben- und Schwulenzentrum 40-jähriges Bestehen. Diplom-Sozialarbeiterin Susanne Hildebrandt hat in der Ruhrmetropole im Februar 2011 die erste kommunale LSBT-Koordinierungsstelle in NRW besetzt. „Die Koordinierungsstelle ist eine Institution, die als Bindeglied zwischen der Szene und der Verwaltung fungiert und sich hauptamtlich für die Belange von Lesben, Schwulen und Transidenten in Dortmund einsetzt“, erklärt sie. „Hier wird mit viel Engagement daran gearbeitet, dass Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben führen können.“

Im Amt des OB

Bewusst wurde die Stelle im Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates eingerichtet, sagt Susanne Hildebrandt: „Eine Hauptaufgabe ist die Steuerungsunterstützung des Oberbürgermeisters hinsichtlich der Belange von Lesben, Schwulen und Transidenten, sowohl in der Zivilbevölkerung als auch verwaltungsintern von LSBTI-Kolleginnen und -Kollegen.“ OB Ullrich Sierau engagiert sich deutlich für Vielfalt und Chancengleichheit, etwa in seinem Grußwort zum Dortmunder CSD 2012: „Im Alltag, im täglichen Miteinander muss es um mehr gehen als um bloßes Nebeneinanderherleben - wir wollen eine selbstverständliche Akzeptanz ohne Vorbehalte gegenüber lesbischen, schwulen und transidenten Menschen.“

Weit vernetzt

So nah an den Schaltstellen städtischer Macht leistet die Koordinatorin viel Vermittlungsarbeit zur Community: „Innerhalb der Szene habe ich größtenteils mit den Selbstorganisationen wie beispielsweise dem SLADO (Dachverband der lesbischen, schwulen und transidenten Vereine und Initiativen in Dortmund) zu tun. Die Themen werden dort im Vorfeld besprochen und vorbereitet.“ Auch über Dortmunds Grenzen hinaus ist sie weit vernetzt, etwa mit den Wirtschaftsweibern e.V. (Berufsverband der lesbischen Fach- und Führungskräfte), dem Völklinger Kreis (Bundesverband schwuler Führungskräfte), der LAG Lesben in NRW und dem Schwulen Netzwerk NRW, mit den Landeskoordinatorinnen und -koordinatoren für lesbische und schwule Seniorenarbeit oder mit Trans-Organisationen.

Bewusstseinsförderung für LSBT in der Politik

Außer als Vernetzerin und Ansprechpartnerin für Organisationen und Verwaltung sieht sie sich verantwortlich für die Antidiskriminierungsarbeit, für die Vertretung von Lesben, Schwulen und Transidenten in städtischen Gremien, für Öffentlichkeitsarbeit und eine „Bewusstseinsförderung für LSBTI-Themen bei heterosexuellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“.

Erfolge nach innen und außen

Seit ihrem Stellenantritt hat die LSBT-Koordinierungsstelle einiges erreicht. Dazu gehören die Gründung des Netzwerks für lesbische, schwule, bisexuelle und transidente Mitarbeitende der Stadt Dortmund ColouraDo im Jahr 2012 und dessen Vorstellung bei Personalversammlungen, bei Karrieremessen und Community-Events. Für neu eingestellte Auszubildende der Stadt leitete sie in der Einführungswoche Workshops zum Thema LSBT, in denen sie unter anderem angemessene Sprache und Begrifflichkeiten erklärte. Seit 2012 geht es beim DiverseCity Kongress Dortmund um einen Best-Practice-Austausch rund um das Thema Diversity, wobei sich Susanne Hildebrandt des Themas „Das Potential der Diversity Dimension sexuelle Orientierung für Unternehmen“ annahm. 2014 fand die PrOut@work-Konferenz im Dortmunder Rathaus statt, auf der sich ColouraDo in dem Workshop „LGBT in der öffentlichen Verwaltung“ präsentierte.

Bildung, Kunst und Kirche

Die Koordinierungsstelle war Mit-Gastgeberin der GAY-COM 2012, hat an Fachtagungen zum Thema „Schule ohne Homophobie“ mitgewirkt und dem örtlichen LSBT-Jugendzentrum Sunrise die Finanzierung gesichert. In Essen diskutierte Susanne Hildebrandt mit Bischof Overbeck zum Thema „Homosexualität und Kirche“. Zudem organisiert sie regelmäßig Ausstellungen in städtischen Räumlichkeiten wie „Verqueere Welten“ in der Berswordthalle. Und natürlich tut die Mutter einer Regenbogenfamilie auch einiges für lesbische Mütter und schwule Väter.

AG Transidentität

2014 war die Dortmunder Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule und Transidente Initiatorin der „Arbeitsgruppe Transidentität“. Um in diesem verhältnismäßig jungen Feld Problemlagen und Lösungen überhaupt zu identifizieren, gibt es regelmäßige Treffen mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Größtes Ziel sind Strategien für den Abbau von Ängsten und Diskriminierungen aus Unwissenheit. Gemeinsam mit einer transidenten Mitarbeiterin wurden Flyer u. a. für Mitarbeitende in den Ämtern erstellt, die den Zugang zum Thema Transidentität erleichtern und Diskriminierung vorbeugen sollen. Das Jobcenter und die Arbeitsagentur Dortmund waren hier Kooperationspartner.

Ausblick ab 2015

Geplant ist unter anderem eine Fachfortbildung für Mitarbeitende des Jugendamtes namens „Transidentität im Kindes- und Jugendalter“. Fragen zu „LSBT und Alter“ wird ein Workshop in Zusammenarbeit mit den städtischen Seniorenbüros beantworten. Und erstmals ist 2015 ein großes Vernetzungstreffen mit bundesweit anderen LSBT-Koordinierungsstellen, z. B. der Stadt München, in Vorbereitung.

„Sperriges Thema“

Natürlich gibt es auch Herausforderungen. Susanne Hildebrandt musste häufiger erfahren, dass die Belange lesbischer Bürgerinnen und schwuler Bürger bei städtischen Entscheidungsträgern einen schweren Stand haben: „Das LSBT-Thema wird von vielen Kommunen nicht unter dem Blickwinkel von Ressourcen betrachtet, sondern vielfach defizitär“, beklagt sie. Anstatt die Möglichkeiten zu sehen, assoziieren die Kolleg_innen* es noch vorrangig mit Problemen. „Es ist im Verhältnis zu anderen Themen wie Frauenförderung oder Migration noch sehr sperrig und schwer zu vermitteln.“

Schwuler Kollege fehlt

Dazu kommt, dass die Ein-Personen-Stelle dringend personelle Unterstützung gebrauchen könnte: „Von Beginn an bestand der Wunsch, die Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule und Transidente personell um einen schwulen Mann zu erweitern, um das Thema noch weiter in die Verwaltung und die Öffentlichkeit zu bringen. Dies scheiterte bisher jedoch an der Haushaltslage der Stadtverwaltung.“

Bestätigung

Die Stadtverwaltung Dortmund erhielt 2014 den Max-Spohr-Preis des Völklinger Kreises für ihren vorbildlichen Umgang mit ihren lesbischen, schwulen, bisexuellen und transidenten Beschäftigten.

Standortfaktor Vielfalt

Susanne Hildebrandt würde es begrüßen, wenn es mehr Stellen wie ihre gäbe. Sie sieht sie als Verpflichtung für jede zeitgemäße Stadt: „Moderne öffentliche Verwaltungen und Einrichtungen müssen versuchen, den heterogenen Erwartungen und Bedürfnissen an öffentliche Dienstleistungen gerecht zu werden“, sagt sie. Und dann wäre da der Standortfaktor Vielfalt: „Viele Studien zeigen, dass die in einem Standort gelebte Kultur des gegenseitigen Respekts, der Gleichbehandlung und Wertschätzung von Vielfalt eine nachhaltig hohe Anziehungskraft für Menschen hat, die (weiterhin) dort wohnen, arbeiten und leben möchten.“ LSBT-Koordinierungsstellen setzen ein klares Signal für moderne Lebensqualität.

Best Practice Beispielhaft in Essen

Essen hat nicht nur das kommunale Forum F.E.L.S. - es hat auch eine noch recht junge Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen. Ludger Klink leitet die 2014 eingerichtete Fachstelle.

LSBT-Gruppen aus Essen schlossen sich in den 1990er-Jahren zum Forum Essener Lesben und Schwule F.E.L.S. zusammen - einer übergeordneten Interessenvertretung ohne formelle Vereinsstruktur. Es folgten ein überparteilicher Runder Tisch und viel politische Bewegung. Die Zusammenarbeit mit der Stadt ließ sich erfolgreich an. Auch die CDU-Fraktion freundete sich mit dem an, was als „durchaus kontroverses Thema“ begonnen hatte, und nahm am Austausch teil. Im Mai 2011 beauftragte der Rat der Stadt Essen das Amt für Soziales und Wohnen nahezu einstimmig mit der Umsetzung einer Neuauflage des „Handlungsprogramms für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“.

Gleiche Rechte

Unter dem RUHR-CSD-Motto „Gleiche Rechte nur mit uns“ forderte F.E.L.S. im August 2013 die Einrichtung einer Koordinierungsstelle bei der Stadt Essen, die sich ganz der Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen sowie der Zusammenarbeit zwischen Selbstorganisationen der Lesben, Schwulen und Transidenten, F.E.L.S. und der Stadtverwaltung widmen sollte. Die neue Stelle sollte auch die Umsetzung des neuen Handlungskonzeptes durch die Stadt gewährleisten.

Erschwerte Bedingungen

Die Haushaltssperre erschwerte Ende 2013 die Bedingungen. Aber ein Jahr später war es trotzdem endlich soweit: Anfang August 2014 wurde beim Amt für Soziales und Wohnen die Koordinierungsstelle Gleichgeschlechtliche Lebensweisen unter Leitung von Ludger Klink eingerichtet. Klink: „Die Koordinierungsstelle bietet der Stadt Essen Gelegenheit, sich als weltoffene Metropole zu präsentieren und gleichzeitig ein sichtbares Zeichen für Toleranz und Vielfalt und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zu setzen.“

Essener Forum bleibt Impulsgeber

Das kommunale Forum aber bleibt eine wichtige Schnittstelle. „Die Akteurinnen und Akteure von F.E.L.S. stellen eine wichtige Verbindung zur Community und den dort handelnden Personen her, deren überwiegend ehrenamtliches Engagement von hohem Wert für alle Beteiligten ist“, stellt Ludger Klink klar. „F.E.L.S. ist zudem ein Impulsgeber für die Verantwortlichen in Rat und Verwaltung der Stadt Essen.“

Stark in der Öffentlichkeit

„Mit der Einrichtung der Koordinierungsstelle für Gleichgeschlechtliche Lebensweisen ist das Thema Gleichstellung noch einmal verstärkt in die Öffentlichkeit gerückt worden“, berichtet der Koordinierungsstellenleiter. „Wir wurden auf dem letzten CSD den Besucherinnen und Besuchern persönlich vorgestellt. Die Stelle ist zwischenzeitlich in regionale und überregionale Netzwerke eingebunden. Nun streben wir an, möglichst mit allen Verbänden, Vereinigungen, Arbeitskreisen etc. innerhalb der Community einen persönlichen Kontakt herzustellen.“

Stadt in der Verantwortung

LSBT als anerkanntes Thema in allen Bereichen von Rat und Verwaltung zu etablieren, ist eine Kernaufgabe jeder LSBT-Koordinierungsstelle. Auch in Essen gibt es bereits Erfolge. Ludger Klink berichtet von konkreten Vereinbarungen, um LSBT-Themen bei den städtischen Mitarbeitenden präsent zu machen. „Viele Fachbereiche der Stadt Essen - insbesondere jene mit Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger - haben im täglichen Leben eine besondere Relevanz für Lesben, Schwulen und Transgender. Die Koordinierungsstelle trägt dazu bei, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für deren Belange zu sensibilisieren.“

Best Practice Beispielhaft in Duisburg

Das 2014 eingerichtete Referat für Gleichberechtigung und Chancengleichheit in Duisburg unter Leitung von Doris Freer ist direkt dem Oberbürgermeister unterstellt. Es besteht aus drei Teams. Eines davon befasst sich mit „vielfältigen Lebensformen“, spricht LSBT. Joachim Müller ist dort Ansprechpartner.

Neben den Bereichen Frauenpolitik und Inklusion von Menschen mit Behinderung hat das Referat für Gleichberechtigung und Chancengleichheit in Duisburg auch einen Teamleiter für LSBT-Themen. Oberbürgermeister Sören Link ernannte Joachim Müller damit zu Duisburgs erstem städtischen Ansprechpartner für LSBT-Themen. Da die Gleichstellungsstelle direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt ist, wird nicht nur ein regelmäßiger persönlicher Austausch mit dem OB gepflegt, sondern die Arbeit auch durch kurze Dienstwege erleichtert.

LGG als Rechtsgrundlage

Teilnehmerin im Rat der Stadt und seinen Ausschüssen (z. B. Gewaltschutz, Beirat jobcenter oder Gesundheitskonferenz) sowie im Verwaltungsvorstand ist die Gleichstellungsbeauftragte. Von ihren weitgehenden Rechten nach dem Landesgleichstellungsgesetz (LGG NRW) macht sie, so Doris Freer „bei jeder sich bietenden Gelegenheit“ Gebrauch, um sich in Abstimmung mit ihrem LSBT-Mitarbeiter für die Belange von Lesben, Schwulen und Transidenten in Duisburg einzusetzen. Der Bereich LSBT selbst arbeitet „nur“ auf Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG).

Synergieeffekt

Freer spricht vom „Synergieeffekt“ und erklärt: „Unsere Arbeit und ihre Erfolge sind durch das persönliche Interesse und Engagement des gesamten Teams des Referates OB-3 geprägt.“ Als Beispiel nennt sie die Vorsprache in einem Pflegeheim. Dort konnten sie die unterschiedlichen Bedarfe für LSBT, Inklusion und Frauenpolitik ins Gespräch bringen und ihnen miteinander verbunden Gehör verschaffen.

Vorbildliche Zusammenarbeit mit Potenzial

Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Duisburg und den einzelnen Interessengruppen bezeichnet die Gleichstellungsbeauftragte mittlerweile als vorbildlich organisiert. Dennoch sieht sie Handlungsbedarf: Sie möchte, dass die Stadt für genügend Personal sorgt und „die Finanzmittel anpasst“.

Super aufgestellt

Joachim Müller sieht seine Ziele vor allem im Unterstützen basisdemokratischer Teilhabe und im Stärken der Selbstkompetenz von LSBT. „Ich sehe mich als Vermittler“, sagt er. „Ich will helfen, die einzelnen Gruppen und Treffs miteinander in Kontakt zu bringen.“ An politischem Engagement fehlt es Duisburgs Community nicht, stellt der Referatsmitarbeiter fest: „Wir sind wirklich super aufgestellt. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, jedoch waren die einzelnen Gruppen noch nicht miteinander vernetzt.“ Er macht sich diese Aufgabe zu eigen.

Vorstoß bei Arbeitgebern

Müller möchte Lesben, Schwulen und Transidenten auch bei der Karriere zur Seite stehen und Vorträge bei Arbeitgebern organisieren: „Es gibt versteckte und kaum greifbare Homophobie - so wie überall“, sagt er. „Zumindest muss man die Menschen weiter für das Thema sensibilisieren.“

>>



Best Practice Beispielhaft in Köln

In Köln tagt regelmäßig die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender als Zusammenschluss der kommunalpolitisch aktiven LSBT-Gruppen aus der Domstadt. Die dort gefassten Beschlüsse trägt seit 2010 die Fachstelle LST in die Politik und Stadtverwaltung.

Nicht zuletzt durch die großen Veranstaltungen zum Christopher Street Day hat Köln sich einen Ruf als weltoffene Metropole lesbisch-schwulen Lebens mit engagierter Community verdient. „Die Stadtgesellschaft lebt von der Vielfalt der Bürgerinnen und Bürger. Das Wohlbefinden aller, die hier wohnen oder die Stadt besuchen, wird durch ein Klima von Akzeptanz, Weltoffenheit und Vertrauen positiv beeinflusst. Doch auch in Köln ist ein diskriminierungsfreies Miteinander nicht immer selbstverständlich.“ Das findet die Kölner Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender. Gegen Ablehnung und Ausgrenzung von Menschen aus dem LSBT-Kontext haben Rat und Verwaltung der Stadt Köln sich daher zum Ziel gesetzt, „die Vielfalt der hier lebenden Menschen zu erkennen, zu fördern und zu nutzen.“

Enge Zusammenarbeit mit der StadtAG LST

In zentraler Lage in der Rheingasse bietet die Fachstelle LST seit 2010 eine Kölner Vertretung der Interessen von Lesben, Schwulen und Transidenten „nach innen und außen“. Vor allem hat sie eine Vermittlerfunktion zwischen Politik, Behörde und Bevölkerung bei enger Zusammenarbeit mit der StadtAG Lesben, Schwule und Transgender. Der StadtAG gehören neben der Aidshilfe, dem Kölner Lesben- und Schwulentag zur Organisation des Kölner CSD, dem Sportclub Janus und dem Jugendzentrum Anyway u. a. auch eine Selbsthilfegruppe für Transidente an.

Beratende Funktion

Unter der Leitung von Christian Rahmfeld und Maria Knaup übernimmt die Fachstelle LST die Interessenvertretung von Lesben, Schwulen und Transidenten in städtischen Gremien wie Ausschüssen des Rates. Sie bietet Rechtsberatung und Ämterbegleitung für Menschen mit individuellen Diskriminierungserfahrungen an. Ein großer Verantwortungsbereich ist die Öffentlichkeitsarbeit.

Flagge gezeigt

Seit der Bereich LSBT im Gleichstellungsreferat vertreten ist, hat sich einiges getan. Der neue Bereich kann auf Doris Freers Initiative hin aktiv mit am Personalentwicklungskonzept der Stadt mitwirken. Es entsteht eine neue Internetpräsenz für LSBT auf den Seiten der Stadt Duisburg. Eine Selbsthilfegruppe aus dem LSBT-Spektrum darf städtisch geförderte Räumlichkeiten kostenlos nutzen. Der CSD Duisburg findet seit 2014 - gegen die Interessen des finanzkräftigeren Casinos - wieder auf dem Bahnhofsvorplatz statt. Und zum CSD 2015 wird das Rathaus in Duisburg erstmals mit der Regenbogenfahne beflaggt.

Ausblick ab 2015

Das Referat für Gleichberechtigung und Chancengleichheit unterstützt die Gründung einer neuen Duisburger Jugendgruppe aus dem LSBT-Kontext mit der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten und Werbung. Für den CSD in Duisburg wird DUGay e.V. als Veranstalter gefördert. Und noch ein bedeutsames Vorhaben ist in Vorbereitung bei Doris Freer und Joachim Müller - so wie auch in anderen Fachstellen im Land: Langfristig wollen sie erwirken, dass kommunale LSBT-Arbeit gesetzlich genau so wie auch die Frauen- und Gleichstellungsarbeit verankert wird.

Wertschätzung gegenüber der Community

Die Fachstelle LST vertritt auch die Stadtverwaltung nach außen. Dazu gehören die Teilnahme an Community-Treffen und Diskussionsveranstaltungen (beispielsweise zum Thema Trans-Gesundheit) und die Organisation und Vertretung überregionaler und internationaler Treffen. „Wir freuen uns sehr, dass die Gaycom - der lesbisch-schwule Städtetag in NRW - im Jahr 2014 zum zweiten Mal in Köln stattfinden konnte“, sagt Maria Knaup. „Das Angebot der Stadt Köln, den Ratssaal für die Konferenz zur Verfügung zu stellen, zeigt die Wertschätzung gegenüber der Community, die die Stadt zu einer Hochburg lesbisch-schwulen Lebens macht.“

Fußball ohne Homophobie

Ein großes Thema im Fußball-Weltmeisterschaftsjahr 2014 war Homophobie im Sport. Im Januar fand das Internationale Treffen der Queer Football Fanclubs in Köln mit über 100 Teilnehmenden statt. „Queer gewinnt - schwule Pässe gibt es nicht“ war das Motto einer Aktion der Stadt Köln mit dem 1. FC Köln und Arminia Bielefeld sowie den schwul-lesbischen Fanclubs „Andersrum rut-wiess“ und „Blaue Bengel“ im selben Jahr. Flyer auf allen Sitzen des Rheinenergie-Stadions und eine Banner-Aktion auf dem Rasen machten klar, dass Homophobie im nordrhein-westfälischen Fußball nichts verloren hat. Auch Oberbürgermeister Jürgen Roters zeigt sich als Freund des vorurteilsfreien Fußballs - u. a. als Schirmherr des alljährlichen LSBT-Benefizturniers „Come-Together-Cup“.

Homophobie in Europa

Weitere Veröffentlichungen befassen sich mit der Lebenssituation von Kölner Regenbogenfamilien, mit dem Diversity-Prozess in Köln und mit Europäischer Homophobie. Auf der GAYCOM 2014 wurde der richtige Umgang mit Städtepartnerschaften angemahnt. Denn einige der Kölner Partnerstädte liegen in Ländern mit homophober Gesetzgebung. Hier ist auch in Zukunft ein sensibles Handling durch die Fachstelle LST gefragt.

Europäischer Austausch

Die Stadt Köln ist Mitglied im „European Rainbow Cities“-Netzwerk. Hier findet ein regelmäßiger Austausch mit anderen europäischen Großstädten statt. Auf Einladung des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter in NRW gibt es auch mit anderen NRW-Kommunen regelmäßige Tagungen.

Intensive Kooperation

Die Zusammenarbeit von StadtAG, Politik und Verwaltung verläuft in Köln erfreulich eng. Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes auf der GAYCOM: „Durch diese intensive Kooperation haben die Beteiligten einen erheblichen Beitrag zu mehr Akzeptanz und Respekt von gleichgeschlechtlichem Leben als Teil der gesellschaftlichen Normalität leisten können.“

So funktioniert's in NRW-Kommunen

2. Kommunale Zusammenarbeit

Auch ohne Koordinierungsstellen kann die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Kommunalpolitik und den Lesben, Schwulen und Transidenten einer Stadt erfolgreich laufen. Düsseldorf und Münster machen es vor.

Nicht jede Stadtverwaltung in NRW hat schon eine Koordinierungsstelle für LSBT. Aber auch ohne einen so hohen Grad an institutionalisierter Verbindung, ja selbst ohne einen Dachverband der örtlichen Gruppen und Vereine, verstehen es Lesben, Schwule und Transidente in einigen Städten hervorragend, ihre Interessen bei der Kommune zu vertreten.

Die Politik hinter sich

Zwei solcher Städte sind Düsseldorf und Münster. Dort kommt es auf das Know-how, das Engagement und die Vernetzung einzelner Gruppen, Vertreterinnen und Vertreter vor Ort an. „Es hat immer mit Menschen zu tun“, weiß Jana Hansjürgen vom Jugendzentrum PULS in Düsseldorf. „Es kommt darauf an, wer sich richtig engagiert.“ Und in einer Stadt, in der LSBT-Akteur_innen* „die Politik geschlossen“ hinter sich sehen, lässt sich dann auch gut verhandeln.

Kontinuierliche Fortschritte

In Düsseldorf agiert das Forum der Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen schon seit 1994. In Münster übernimmt diese Verhandlungen seit 2010 hauptsächlich der CSD Münster e.V. Runde Tische zum direkten kommunalpolitischen Austausch werden in beiden Städten nach längeren Ruhephasen reaktiviert. Aber auch ohne sie haben beide Kommunen in den letzten Jahren gut mit ihren LSBT-Gruppen kooperiert. Besonders Düsseldorf glänzt mit kontinuierlichen Fortschritten für Lesben, Schwule und Transidente - sei es in der Gewaltprävention, der Jugendarbeit oder der Bildungsförderung.



Foto: istockphotos@Mikosch

Best Practice

Beispielhaft in Düsseldorf

Die Düsseldorfer LSBT-Initiativen sind zum Forum der Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen zusammengeschlossen. Gemeinsam haben verschiedene Gruppen und Aktive gerade in jüngerer Zeit bei der Stadt wieder den Eindruck: es geht viel für LSBT.

So hat Oberbürgermeister Thomas Geisel die Wiederaufnahme des Runden Tisches angekündigt, der seit 2001 geruht hatte und im Gleichstellungsausschuss der Landeshauptstadt vertreten zwei „sachkundige Bürger_innen“ das Forum der Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen die Belange von LSBT-Menschen.

Erfolgreiche Gewaltprävention

Nach dem Ratsbeschluss zur Gleichbehandlung von 1995 wurden dort neue Maßnahmen gegen Diskriminierung von Schwulen und Lesben in die Wege geleitet. Besonders erfolgreich startete die beschlossene Antidiskriminierungsarbeit mit einer Fachgruppe des Kriminalpräventiven Rates (KPR). Mit seiner Präventionsgruppe „Gewalt gegen Lesben und Schwule“ arbeitet der KPR nun schon seit vielen Jahren bis heute vorbildlich mit Stadträten, Opferschutzbeauftragten von der Polizei, Mitarbeitenden aus der Verwaltung wie etwa dem Jugend- und Gesundheitsamt und LSBT-Initiativen zusammen.

Jugendförderung

Bei ihren vierteljährlichen Sitzungen konnte die Fachgruppe unter anderem eine neue Notrufsäule im Düsseldorfer Hofgarten und Flyer zu Opferschutz, K.O.-Tropfen sowie zu Lesben und Schwulen bei Sportveranstaltungen durchsetzen. Zu ihren Erfolgen gehört auch die kommunale Förderung des Jugendzentrums PULS für Lesben, Schwule, Transgender & Friends seit 2009 und der Schulinitiative Schwul-Lesbisch-Bi-Trans-Aufklärung SchLAu Düsseldorf - mit jüngst erhöhten Fördersummen.

Diskriminierungsfreie Bildung

Im Juni 2008 schloss sich die Stadt Düsseldorf als Unterzeichnerin der Charta der Vielfalt an. Es folgten unter anderem neue Bildungsangebote der Stadtverwaltung. Beispielsweise fand im November 2014 der Fachtag „Orte für Vielfalt. Schwullesbische Jugendliche in Schulung und Jugendhilfe“ zur Notwendigkeit eines diskriminierungsfreien Lernklimas mit dem Oberbürgermeister und Schulministerin Sylvia Löhrmann statt.

Aktiv für jedes Alter

Aber Düsseldorf hat nicht nur für junge Lesben, Schwule und Transidente viele Angebote. Die Stadt hat eine äußerst aktive Frauen- und Lesbenberatung in ihrer Frauenberatungsstelle, Schwulenberatungen und AIDS-Hilfe, Initiativen für die LSBT-Seniorinnen- und Seniorenarbeit sowie zahlreiche schwule und lesbische Sportvereine und Kulturgruppen. Und trotz des allgemeinen Schwundes an Szeneorten für die Community, von dem auch Düsseldorf nicht verschont blieb, ist die Landeshauptstadt mit derzeit 46 Partyveranstaltungen jährlich und über 15 Treffpunkten nach wie vor ein Anziehungspunkt für LSBT-Freizeitevents.

Schulterschluss mit der Stadt

Dass das Angebot für Lesben, Schwule und Transidente in der Landeshauptstadt floriert, ist der Erfolg vieler Akteurinnen und Akteure auch auf der kommunalpolitischen Ebene. PULS-Mitarbeiterin Jana Hansjürgen ist überzeugt: „In Düsseldorf läuft es so gut wegen der Menschen hier. Mit den richtigen Engagierten kann man viel erreichen.“ Sie berichtet von gutem Schulterschluss mit der Stadt, etwa beim Christopher Street Day in Düsseldorf. „Die komplette Politik steht hinter PULS“, berichtet sie. „Da gehen alle mit uns mit, der Jugendring, der Jugendrat, die DGB-Jugend ...“ Schirmherr des CSD ist Düsseldorfs Oberbürgermeister. So wird die Verankerung von LSBT als kommunales Querschnittsthema langsam Wirklichkeit.

Ausblick ab 2015

Auch in Düsseldorf ist noch viel Platz nach oben. Als Ziele für die nähere Zukunft hat sich das Forum der Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen unter anderem vorgenommen, die Stadt dazu anzuhalten, Städtepartnerschaften für den Dialog über die Situation von LSBT in der Partnerstadt zu nutzen. Ein weiteres Vorhaben ist die Benennung von Straßennamen nach Schwulen und Lesben, die sich entsprechend verdient gemacht haben. Ein Ziel bleibt die kommunale Umsetzung des Landesaktionsplanes für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in NRW.

Best Practice Beispielhaft in Münster

In Münster ist es seit 2010 der CSD Münster e.V., der auf kommunaler Ebene am meisten für Lesben, Schwule und Transidente erreicht. Auch ohne Dachverband gibt es hier eine stetige und rege Zusammenarbeit zwischen dem Verein, der Stadt und anderen Münsteraner Gruppen. Peter Steinhoff leitet die Öffentlichkeitsarbeit beim CSD Münster.

Münster hat eine lange Tradition der LSBT-Bewegungen. 1972 fand hier die erste Schwulen- und Lesbendemo Deutschlands statt, und schon 1991 gründete sich die Selbsthilfegruppe TransIdent. Und selbst wenn es noch keinen offiziellen Zusammenschluss gibt, der für ihre Rechte kämpft, wird bei der Stadt Münster viel für Lesben, Schwule und Transidente erreicht. Der CSD Münster e.V., der seit 2010 die Community gegenüber der Stadt vertritt, wünscht sich aber einen solchen Dachverband für die Zukunft.

Koordinierungsstelle erwünscht

Bislang hält die Stadt Münster noch keine eigene Koordinierungsstelle für lesbische, schwule und transidente Bürgerinnen und Bürger bereit, wenn auch der CSD Münster zu einer solchen Stelle mit Vertretern verschiedener Parteien im Gespräch ist. Offiziell vertreten sind LSBT bisher über die Arbeitsstelle Antidiskriminierung im Sozialamt Münster, der für Projekte zum Abbau von Diskriminierung aber keine großen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Runder Tisch wiederbelebt

CSD-Pressesprecher Peter Steinhoff möchte für regelmäßige Gespräche mit der Stadt den Runden Tisch wieder aufleben lassen, der seit 2013 nicht mehr stattfand. Daran beteiligt waren bislang außer dem CSD Münster die öffentlich finanzierten Vereine Aids-Hilfe, Lesben im Verein am schönsten - LIVAS und TransIdent ebenso wie der LSBT-Jugendtreff track. Öffentlich gefördert wird auch das KCM Schwulenzentrum e.V., das sich 1985 als Kommunikations-Centrum Münsterland gegründet hatte.

Gute Zusammenarbeit in beide Richtungen

Was sich in Münster gerade in jüngerer Zeit für LSBT tut, ist auf die Aktivitäten der Gruppen und Vereine selbst zurückzuführen, allen voran des CSD Münster. Peter Steinhoff berichtet, „dass die Zusammenarbeit durch die Bank gut funktioniert, und zwar sowohl mit der Stadt als auch mit anderen Einrichtungen aus der Community.“ Beispielsweise habe ihnen die Stadt Münster 2014 problemlos eine große Fenstergalerie zur Verfügung gestellt, die als Quergang über dem Ständefest verlief und das CSD-Motto „sehr präsent und großflächig“ weithin sichtbar machte.

Rednerpult am Rathaus

Der CSD Münster fühlt sich gut unterstützt: „Die Ordnungsbehörde hat stets ein offenes Ohr für uns und leitet uns durch die organisatorischen Klippen, die es seitens der Stadt bezüglich des Ständefestes gibt.“ Und es gibt jedes Jahr Fortschritte: „Dieses Jahr werden wir ein Rednerpult am historischen Rathaus aufstellen, was in den letzten Jahren nicht erlaubt war.“

LSBT-Kongress 2016

Bei so vertrauensvoller Zusammenarbeit ist es kein Wunder, dass neue große Vorhaben anstehen. Geplant ist etwa ein vom CSD Münster e.V. und der Stadt Münster gemeinsam veranstalteter allgemeiner LSBT-Kongress mit öffentlichen und städtischen Kooperationspartnern. Für eine entsprechende Veranstaltung im Jahr 2016 laufen Vorgespräche mit Oberbürgermeister Markus Lewe.

So funktioniert's in NRW-Kommunen 3. Kommunale Netzwerke und Verbände

In größeren Städten Nordrhein-Westfalens haben sich die LSBT-Gruppen vor Ort zu einem politisch aktiven Verband zusammengeschlossen, der als kollektiver Ansprechpartner ihre Interessen auf kommunaler Ebene vertritt.

So wie die Dachverbände LAG Lesben in NRW und Schwules Netzwerk NRW die Gruppen und Vereine mit LSBT-Orientierung auf Landesebene vertreten, gibt es auch stadtspezifische Verbände, die als Zusammenschluss aktiver Vereine, Gruppen oder sogar Einzelpersonen agieren.

Gebündelte Interessenvertretung

Die meisten dieser Über-Gruppen begannen als Organisationskomitee einzelner Events, häufig der Christopher Street Days (CSDs). Einige haben ihr Aufgabenfeld darüber hinaus weiterentwickelt, um - vor allem in den Jahren vor der Einrichtung offizieller kommunaler Fachstellen - Ansprechpersonen zur Politik und nach außen zu stellen und LSBT-Interessen gebündelt vorzutragen. Oft gehören regionale Gruppen des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland e.V. (LSVD) dazu, die Aids-Hilfe, der AStA der Hochschule oder der Unternehmerinnen- und Unternehmervereine.

Wichtige Anlaufstellen

Viele der kommunalen LSBT-Verbände, die sich seit den 1980er-Jahren in Nordrhein-Westfalens Städten zusammengefunden haben, sind noch aktiv. Sie arbeiten erfolgreich als Verein oder loses Netzwerk und bleiben wichtige Anlaufstellen. Etliche davon fanden bereits Erwähnung, z. B. SLADO in Dortmund. Auf der nächsten Seite sind sie noch einmal gebündelt aufgeführt.

Offene Treffen

Die Treffen kommunal organisierter Gruppen finden in der Regel mehrmals jährlich statt und sind offen für alle, die sich für LSBT-Belange interessieren.

Finanzierung und Ehrenamt

Die Finanzierung der kommunalen Arbeit gestaltet sich unterschiedlich, durch verschiedene Beiträge, Spenden, Stiftungen, Kulturfonds, kommunale Sport- oder Jugendförderung oder durch eine Förderung über die Lesben- und Schwulen-Landesverbände (siehe auch S. 35-42). Nirgends aber wäre ein LSBT-Verein, Verband oder loser Zusammenschluss möglich ohne unermüdete Unterstützung auf ehrenamtlicher Basis.

Kommunale LSBT-Verbände und Netzwerke:

- KLuST - Kölner Lesben- und Schwulentag e.V.
- Kölner StadtAG LST - Stadtarbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule und Transgender
- F.E.L.S. - Forum Essener Lesben und Schwule
- Forum der Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen
- Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen in Bielefeld e.V.
- SLADO - Schwul-lesbischer Arbeitskreis Dortmund



Dinge bewegen trotz Sparhaushalt Beispielhaft in Oberhausen

Die Gleichstellungsstelle im Oberhausener Büro für Chancengleichheit lässt sich auch durch knappe Haushaltslagen nicht davon abbringen, eine Struktur für Lesben, Schwule und Transidente in der Stadt aufzubauen. Die Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte Julia Pietrasch bewegt seit Jahren einiges.

Oberhausen ist eine der am höchsten verschuldeten Kommunen in NRW. Sparen heißt die oberste Devise. Für Julia Pietrasch kein Grund, mit ihrer Gleichstellungsstelle auf LSBT-Projekte zu verzichten. Für sie ist ihr Auftrag glasklar: „Die LSBT-Community ist heutzutage weitaus mehr als eine ‚Minderheit‘, und dieses Gefühl, sowohl persönlich als auch politisch, gilt es in die Breite zu tragen. Die Gleichbehandlung aller Menschen jedweder Couleur hier in Oberhausen zu sichern und Maßnahmen zu forcieren, die gleiche Teilhabe sicherstellen, ist unser erklärtes Ziel.“

Erfolge für die LSBT-Jugend

Zahlreiche Erfolge beweisen, wie ernst sie diese Aufgabe nimmt. Ob ihr Wunsch nach einem speziellen Ansprechpartner oder einer Ansprechpartnerin für LSBT wie in Dortmund oder Köln auch in Oberhausen Wirklichkeit wird, erscheint ihr zwar mit „einem langfristigen Blick auf die Haushaltslage“ noch unsicher. Doch im September 2014 wurde eine LSBT-Kontaktstelle für Jugendliche bei der Stadt realisiert. Ebenso hat die Gleichstellungsbeauftragte die Entwicklung eines SchLAU-Teams zur Schulaufklärung in Oberhausen mit auf den Weg gebracht.

Am Ball bleiben

„Hier konnten wir als Träger die Evangelische Jugend Oberhausen gewinnen“, berichtet Julia Pietrasch. „Finanziert werden beide Projekte über den Landschaftsverband Rheinland, der für einen Zeitraum von zwei Jahren explizit Gelder im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans für LSBT-Projekte zur Verfügung stellt.“ Doch auch ein solcher Gelderfluss lässt sie nicht etwa untätig werden. Sie bleibt rechtzeitig am Ball: „Vor Ablauf dieser zwei Jahre müssen wir in Oberhausen natürlich gemeinsam konstruktiv überlegen, wie die Finanzierung weiterhin zukünftig sichergestellt werden kann.“

Kirchlicher Beistand

Eine vielleicht unerwartete Finanzpartnerin konnte die Gleichstellungsstelle für die Lesbengruppe F.L.O. - Frauenliebe in Oberhausen gewinnen, welche sich ebenfalls seit 2014 regelmäßig trifft: „An unserer Seite steht bei diesem Projekt die Katholische Familienbildungsstätte Oberhausen. Als Kooperationspartnerinnen teilen wir uns derzeit die benötigten Mittel zur Umsetzung der Gruppentreffen.“

Unterstützung zur Selbstorganisation

„Natürlich können wir als Gleichstellungsstelle in erster Linie unterstützend und initiierend mitwirken“, räumt Pietrasch ein und erklärt, dass die Lesbengruppe später in die Selbstorganisation ihrer Besucherinnen übergehen soll, z. B. als Verein. „Hierzu benötigen wir die tatkräftige Mitwirkung der F.L.O.-Frauen, die es bis dahin aufzubauen und zu unterstützen gilt.“

Alltägliche Erweiterung

Auch in Dingen des Alltagslebens erfüllt die Gleichstellungsstelle ihren Handlungsauftrag: „Beispielweise wurde das Leitbild der Beschäftigten der Stadtverwaltung Oberhausen um LSBT-Aspekte ergänzt, und die Bibliothek Oberhausen hat das aktuelle Angebot um LSBT-Belletristik erweitert.“



Offene Türen

Große Vorurteile und ideologische Hindernisse muss Julia Pietrasch bei Verwaltung und Politik nicht mehr überwinden: „In meiner beruflichen Praxis muss ich feststellen, dass wir bei all unseren Projekten und Ideen immer offene Türen eingelaufen sind und mit sehr engagierten Kooperationspartnerinnen und -partnern schon eine solide Basis in Oberhausen gelegt haben.“

Rechtliche und soziale Benachteiligung

Was nicht heißt, dass es in Oberhausen keine Benachteiligung gäbe, gegen die es sich zu kämpfen lohne: „Ideologische Widerstände - bewusst oder unbewusst spielen in der Gesellschaft immer noch mit. Es beginnt z. B. mit schwulenfeindlichen Beschimpfungen auf dem Schulhof und endet bei den rechtlichen Rahmenbedingungen der eingetragenen Lebenspartnerschaft und/oder des Adoptionsrechts.“

Deutliche Zeichen auch bei knappen Mitteln

Nach Julia Pietraschs Auffassung sollte sich keine Stadt jemals durch Mittelknappheit von der Realisierung von LSBT-Projekten abhalten lassen: „Jede Kommune sollte ein deutliches Zeichen gegen Homo- und Transphobie setzen, Ideologien sukzessive über Projekte, Maßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit aufbrechen und damit den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl einer offenen und diskriminierungsfreien Stadtgesellschaft vermitteln.“

Klares Standing

Kommunen brauchen LSBT-Projekte, da ist sich die Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte sicher. Wie wenig sich zu Beginn vielleicht auch nur bewirken lässt - Hauptsache, in der Stadt geschieht etwas: „Es ist egal, wie groß oder klein man anfängt, wichtig sind die Absichtserklärung und ein klares Standing.“

Im Gespräch mit Angela Hebler Über kommunale Mitbestimmung

Angela Hebler ist eine echte Strippenzieherin. Seit 1994 ist die Kommunalpolitikerin in der Fraktion der Grünen im Düsseldorfer Stadtrat und seit 2014 Sprecherin ihrer Fraktion. Sie ist im Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern, im Integrationsausschuss, im Jugendhilfeausschuss und im Personal- und Organisationsausschuss aktiv. Für die Gleichstellung von LSBT setzt sie sich letztlich in jedem dieser Gremien ein.

Gleichstellungsausschuss für LSBT

Bald wird es im Düsseldorfer Rat eine punktgenaue Zuständigkeit für LBST-Belange geben. „Wir werden in der Ratssitzung am 30. April 2015 die Zuständigkeit des Gleichstellungsausschusses um diejenige für die Belange von Lesben, Schwulen, Trans- und Intersexuellen und für die Überprüfung aller Maßnahmen auf Antidiskriminierung erweitern“, verrät Angela Hebler. Mit dabei ist der lokale LSBT-Zusammenschluss Forum der Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen. „Das Forum erhält zwei beratende Sitze im Ausschuss.“

Erfolgreiche Mitbestimmung

Seit Heblers Anfängen im Rat ist es LSBT-Gruppen immer wieder gelungen, Einfluss auf die Politik der Stadt zu nehmen. Außer dem Forum der Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen, das seit 1995 mit der Stadt in Verbindung steht, gibt es vor allem Erfolge in der Jugend- und Anti-Gewaltpolitik: „Vor vier Jahren eröffnete der Jugendtreff PULS dank der Kooperation von Forummitgliedern, städtischen Mitarbeiter_innen und politischen Vertreter_innen in der Fachgruppe ‚Gewalt gegen Lesben und Schwule - Präventionsmaßnahmen‘ des Düsseldorfer Kriminalpräventiven Rates.“

Kommunale Förderung

Initiativen, die etwas in ihrem Heimatort bewirken wollen, sollten sich auch um finanzielle kommunale Hilfen bemühen, rät die Stadträtin: „Jedes nicht-kommerzielle Angebot, zum Beispiel eine Beratungseinrichtung, kann einen Antrag auf städtische Förderung stellen.“ Zwei Beispiele: „In Düsseldorf ist die Lesben-Beratung in der Frauenberatungsstelle integriert. Auch die Kom!ma, die kulturelle Angebote für Lesben macht, wird von der Stadt finanziert.“

Diskriminierungsfreies Klima

LSBT-Fragen sind für Angela Hebler immer auch ein Stück persönliches Engagement. Als eines der ersten Ratsmitglieder stand Angela Hebler offen zu ihrer Homosexualität. „Bei den Grünen ist das Klima von Beginn an diskriminierungsfrei gewesen“, berichtet sie. So eine offene Atmosphäre wünscht sie sich in allen Düsseldorfer Einrichtungen, und mit ihrem Engagement trägt sie selbst dazu bei. Zum Beispiel geht es ihr bei der Aus- und Fortbildung von städtischem Personal um ein besseres Verständnis von Regenbogenfamilien: „Immer mehr Lesben und Schwule entscheiden sich für Kinder, auch in Düsseldorf. Wir wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe entsprechend sensibilisieren und schulen.“

„Das wollte ich nicht hinnehmen“

Dinge zu gestalten macht der Grünen Ratsfrau viel Spaß - immer eine gute politische Voraussetzung. Ihr eigener Weg in die Kommunalpolitik begann mit einem dringenden Anliegen zur Veränderung: „Ende 1993 drohten den Mädchen- und Frauen-Initiativen und -einrichtungen in Düsseldorf das finanzielle Aus. Das wollte ich nicht hinnehmen und bin auf einer Diskussionsveranstaltung der damaligen Ratsfraktionssprecherin der Grünen aufgefallen. Die ‚engagierte‘ mich dann für die grüne Ratsliste zur Kommunalwahl 1994. Von da an hatte es mich gepackt.“

Mitmischen lohnt sich

Engagement lohnt sich auf jeder Ebene. Auch mit kleinen Veränderungen kann in einer Stadt langfristig schon viel bewirkt sein, und wir alle haben die Möglichkeit, uns für LSBT einzumischen. Gemeinde- und Stadtrats-sitzungen finden öffentlich statt. Parteien laden ein zum Meinungsaustausch. Podiumsdiskussionen oder Polit-Talks im Lokalradio brauchen Menschen, die mitmachen und ihre Meinung sagen! Genau wie 1994 Angela Hebler, die heute so viel in ihrer Stadt bewegt.

Auswahl an kommunalen Adressen und Kontakte

Kommunale Koordinierungsstellen

Arbeitsstelle Antidiskriminierung
Frank Treutler
Hafenstraße 8
48153 Münster
Tel. 0251 492-50 26
Treutler@stadt-muenster.de
www.muenster.de/stadt/sozialamt/leistungen.html

Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender und Stadt-AG Lesben, Schwule und Transgender Köln
Rheingasse 11
50676 Köln
Tel: 0221 221-21087 oder 221-29661
LST@stadt-koeln.de
www.stadt-koeln.de

Koordinierungsstelle Gleichgeschlechtliche Lebensweisen Essen
Steubenstr. 53
45138 Essen
Tel: 0201 8850270
ludger.klink@sozialamt.essen.de
www.essen.de

Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule und Transidente Dortmund
Friedensplatz 5
44122 Dortmund
Tel: 0231 5027559
shildebrandt@stadtdo.de
www.slt.dortmund.de

Referat für Gleichberechtigung und Chancengleichheit Duisburg
Burgplatz 19
47051 Duisburg
Tel: 0203 2833316
jo.mueller@stadt-duisburg.de
D.Freer@stadt-duisburg.de
www.duisburg.de/vv/ob_3

Kommunale Netzwerke und Verbände

CSD Münster e.V.
Schaumburgstr. 11
48145 Münster
kontakt@csd-muenster.de
www.csd-muenster.de

Forum der Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen
forumduesseldorf@web.de
www.facebook.com/forumduesseldorf

Forum Essener Lesben und Schwule F.E.L.S.
c/o Aidshilfe Essen
Varnhorststr.17
45127 Essen
info@fels-essen.de
www.fels-essen.de

KLuST - Kölner Lesben- und Schwulentag e.V.
office@colognepride.de
www.colognepride.de/klust

Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen in Bielefeld
c/o AIDS-Hilfe Bielefeld e.V.
Ehlentruper Weg 45a
33604 Bielefeld
Tel: 0521 133388
info@csd-bielefeld.de
www.csd-bielefeld.de/index.php?page=284

Schwul-lesbischer Arbeitskreis Dortmund
SLADO e.V. c/o Sunrise
Geschwister-Scholl-Str. 33-37
44135 Dortmund
info@slado.de
www.slado.de



Einfluss nehmen Kommunalpolitik für alle

Im eigenen Wohnort etwas für Lesben, Schwule und Transidente zu erreichen, ist für Gruppen und sogar für Einzelne durchaus möglich. Außer den richtigen Anlaufstellen müssen wir dafür vor allem die Strukturen und Entscheidungswege in der kommunalen Verwaltung und die möglichen Formen der Mitbestimmung kennen. Hier ein Überblick.

Kommunalpolitik geht uns alle etwas an. Egal, wo und wie wir in Deutschland leben, wir können unsere Meinung in viele Entscheidungen einbringen - von der Straßenbeleuchtung bis hin zu den Freizeiteinrichtungen. Was ist wichtiger: neue Ampeln oder der schwullesbische Jugendtreff? Image-Kampagne oder Gewaltprävention? Wir können mitreden. Rat und Verwaltung der Kommune sind Orte der Beteiligung. Besonders schön ist: Jede und jeder kann erreichte Verbesserungen gleich vor der eigenen Tür erleben.

Aufgabenverteilung

Das Grundgesetz gewährt den Gemeinden unter Artikel 28 Absatz 2 das Recht, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ Dazu gehören freiwillige Aufgaben wie ÖPNV, Grünflächen oder Sport- und Kulturstätten. Hier kann die Kommune frei entscheiden, ob und wie sie investiert. Und es gibt vorgeschriebene Pflichtaufgaben wie Schulen und Straßenbau. Diese muss sie erledigen, kann aber selbst bestimmen, auf welche Art. In bestimmten Bereichen wie etwa dem Meldewesen oder den Wahlen sind Städte oder Gemeinden bei der Ausführung ihrer Aufgaben an Weisungen des Bundes und Landes gebunden. Sie können beispielsweise nicht frei entscheiden, wie ihre Pässe aussehen oder wie gewählt wird.

Freiwillige Ausgaben

Die freiwillige Selbstverwaltung ist das Herzstück der kommunalen Arbeit - Bibliotheken, Parks, Jugendeinrichtungen, Bühnen, Museen oder Bäder entscheiden ja gerade über die Lebensqualität an einem Ort. LSBT-Initiativen, die oft etwas mit Treffpunkten oder Veranstaltungen zu tun haben, fallen üblicherweise unter die freiwilligen Leistungen. Das heißt, Städte oder Gemeinden sind zu solchen Ausgaben nicht gesetzlich verpflichtet. Politiker_innen* können uns aber, wenn wir ihnen gute Gründe dafür geben, durchaus Gelder zur Verfügung stellen. Schließlich geht es um das soziale und gesundheitliche Wohlergehen oder um die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Schwieriger wird das in Zeiten knapper öffentlicher Kassen - es ist aber weiterhin möglich.

Einfluss nehmen Kommunale Entscheidungswege

Demokratisches Prinzip

Eine Kommune funktioniert im Kleinen ganz ähnlich wie der Bund oder die Bundesländer im Großen. Die Regierung der Stadt oder Gemeinde übernimmt die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister, in großen Städten das Oberbürgermeisteramt. Dem Parlament entspricht auf dieser Ebene der Stadt- oder Gemeinderat. Hier werden Entscheidungen getroffen. Die Stadt- oder Gemeindeverwaltung führt die gefassten Beschlüsse schließlich aus - so wie bei Bund und Ländern die Ministerinnen und Minister.

Wer wählt wen?

Die Einwohnerinnen und Einwohner einer NRW-Kommune wählen die (Ober-)Bürgermeisterin oder den (Ober-)Bürgermeister alle fünf Jahre direkt. Ebenso wählen sie alle fünf Jahre den Gemeinde- oder Stadtrat, dem sie oder er vorsitzt und der die Entscheidungen über kommunale Angelegenheiten trifft. Wahlberechtigt ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft oder die eines EU-Landes besitzt und mindestens 16 Jahre alt ist. Wählen lassen dürfen wir uns ab 18. In größeren Städten wählt der Gemeinderat wiederum Beigeordnete (auch: Dezernenten), die dem Bürgermeisteramt in bestimmten Fachbereichen wie etwa Finanzen oder Soziales zuarbeiten. Nach den Kommunalwahlen bilden sich Ratsfraktionen, das sind Gruppen, die im Rat gemeinsame Ziele umsetzen wollen. Ausschüsse für verschiedene Themen und Projekte bereiten die Entscheidungen des Rates im Detail vor. Die Gemeinde- oder Stadtverwaltung untersteht der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister. Sie führt Beschlüsse aus, indem sie Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erfüllt.

Drei Wege zur Entscheidung

Kommunalpolitische Entscheidungen können auf drei Wegen zustande kommen. Der Vorschlag dazu kann von einem Mitglied des Gemeinde- oder Stadtrats kommen, von der Verwaltung über den Bürgermeister oder von engagierten Einwohnerinnen und Einwohnern. Die erste Möglichkeit geht über eine „Vorlage“, die zweite über einen „Antrag“ und die dritte über ein „Bürgerbegehren“.

Vorlagen und Anträge

Ausführlich ausgearbeitete Vorlagen und Anträge mit Begründung und Umsetzungsvorschlägen gehen den meisten kommunalen Entscheidungen voraus. Die Details werden vorher in Ausschüssen beraten. Auf der Ratssitzung werden sie dargelegt und öffentlich debattiert. Wenn die Fraktionen der Vorlage oder dem Antrag mehrheitlich zustimmen, ist der Beschluss verbindlich. Die Verwaltung setzt ihn dann um. Der Gemeinde- oder Stadtrat kann sich später per Anfrage über den Stand der Umsetzung informieren.

Bürgerbegehren

Niemand muss aber eine Entscheidung des Gemeinde- oder Stadtrats unwidersprochen hinnehmen. Bürgerinnen und Bürger, Gruppen und Initiativen können, wenn sie nicht einverstanden sind und ein anderes Verfahren befürworten, ein Bürgerbegehren anstrengen. Dafür brauchen sie allerdings viel Unterstützung und müssen Unterschriften von anderen vorlegen. Wie viele genau, ist in den Städten und Gemeinden unterschiedlich festgelegt. Es können aber bis zu 20% der Wahlberechtigten erforderlich sein.

Bürgerentscheid

Lehnt der Rat das Bürgerbegehren ab, gibt es einen Bürgerentscheid. Dabei beschließen die Einwohnerinnen und Einwohner eines Ortes direkt, was in einer Angelegenheit zu tun ist. Mit einem Bürgerentscheid können sie den betreffenden Vorschlag dann selbst annehmen oder ablehnen, ohne dass der Rat mitreden kann. Einen Bürgerentscheid können Interessierte in jeder kommunalen Frage in die Wege leiten - auch ohne einen bereits gefassten Entschluss zu widersprechen. Ein Bürgerbescheid ist ein extremes Instrument und nie das erste Mittel der Wahl.



Einfluss nehmen Einmischen und Mitbestimmen

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten für Gruppen und Einzelne, die eigene Stimme in der Kommunalpolitik einzubringen und mitzuentcheiden. Wir können viel mehr tun, als nur unser Wahlrecht wahrzunehmen. Meinungen, die wir in Bürgersprechstunden, Bürgerversammlungen, Briefen und Petitionen oder auf Demonstrationen äußern, haben durchaus ihre Wirkung auf Abstimmungen im Gemeinde- oder Stadtrat. Auch das direkte Engagement von Vereinen und Initiativen hat Einfluss. Erst recht nicht zu unterschätzen ist das, was die Medien berichten.

Das können wir tun - und so läuft es ab:

wählen

Wir können bei Bürgermeisterwahlen die oder den Vorsitzende(n) des Gemeinde- oder Stadtrats und Chefin oder Chef der gesamten Stadtverwaltung wählen, die oder der unseren Standpunkt am besten vertritt. Wir müssen nur uns vorher über ihr oder sein Programm informieren. Dasselbe gilt für Wahlen der Gemeinde- oder Stadträtinnen und -räte.

Meinung öffentlich kundtun

Privat, auf der Arbeit, in der Öffentlichkeit: Wir können und sollen sagen, was wir meinen. Solange es nicht rechtswidrig ist. Flyer oder Plakate können wir überall dort auslegen, verteilen oder aufhängen, wo wir dazu eine Genehmigung erfragt haben. Demonstrationen müssen in der Regel bis 48 Stunden vor Beginn bei der Polizei angemeldet werden.

Bei Stadtverwaltung oder Bürgermeisterin/ Bürgermeister persönlich vorsprechen

Das zuständige Sekretariat ist über den Online-Auftritt der Stadt auffindbar. Dort lässt sich telefonisch oder per E-Mail ein Termin vereinbaren. Dann steht der mündlichen Vorstellung eines Vorhabens nichts mehr im Weg. Petitionen schriftlich versenden Bitten oder Beschwerden über bestimmte kommunale Vorhaben richten wir am besten schriftlich an die Gemeinde- oder Stadtverwaltung. Dort befasst sich der Petitionsausschuss des Rates mit der Angelegenheit und bringt sie eventuell weiter voran.

Medienberichte verfassen oder anregen

In Lokalzeitungen, Stadtmagazinen oder örtlichen Radiosendern können Journalistinnen und Journalisten, auch freie Mitarbeitende, Artikel oder Wortbeiträge zu kommunalen Projekten, Vorhaben und Plänen verfassen. Andere können die Medien benachrichtigen oder Leserbriefe verfassen.

Bürgerversammlung besuchen

Der Rat ist gesetzlich verpflichtet, Einwohnerinnen und Einwohner über bedeutsame Angelegenheiten zu unterrichten. Besonders gilt das bei wichtigen Plänen, die deren wirtschaftliches, soziales oder kulturelles Wohl betreffen. Deshalb werden regelmäßig Bürgerversammlungen abgehalten, auf denen diese Pläne erörtert werden können. Einladungen zu Bürgerversammlungen spricht der Rat durchs Amtsblatt aus; das wiederum wird in den Tageszeitungen veröffentlicht.

Verein gründen oder beitreten

Wenn sich mehrere für ein kommunales Projekt einsetzen, etwa einen regelmäßigen Treff für LSBT in der Stadt oder den örtlichen CSD, schließen sie sich oft in einem Verein zusammen. Ein eingetragener Verein kann einen solchen Zweck mit festen Rahmenbedingungen, zahlenmäßiger Unterstützung, medialem Interesse und eventuellen Fördermitteln verfolgen. Für die Neugründung eines e.V. sind mindestens sieben Mitglieder erforderlich.

Partei oder Wählerinitiative beitreten

Parteien und Wählerinitiativen entwickeln ständig Konzepte für neue städtische Vorhaben. Wenn eine Partei oder Initiative den eigenen Standpunkt vertritt, ist ein Beitritt sinnvoll. Diese stellt dann bei Kommunalwahlen eigene Kandidatinnen und Kandidaten auf. Wir können herausfinden, ob eine Partei zu uns passt, indem wir ihr Parteiprogramm lesen. Parteiprogramme sind auf den Websites der Parteien online einsehbar.

Bürgerantrag stellen

Mit einem Bürgerantrag können Einwohnerinnen und Einwohner verlangen, dass der Gemeinderat ein gewünschtes Thema bespricht und darüber entscheidet. Die Initiatoren müssen den Antrag schriftlich stellen und dafür genug Unterschriften von anderen vorlegen (bis zu 20% der Wahlberechtigten).

Bürgerbegehren einreichen

Einwohnerinnen und Einwohner machen einen Vorschlag und beantragen gleichzeitig, darüber in einem Bürgerentscheid zu bestimmen. Die Initiatoren müssen das Begehren schriftlich einreichen und dafür genug Unterschriften von anderen vorlegen (bis zu 20% der Wahlberechtigten). Bei Ablehnung des Rates kommt es zu einem Bürgerentscheid.

Bürgerentscheid erreichen

Einwohnerinnen und Einwohner entscheiden eine kommunale Frage bei einem Bürgerentscheid direkt durch Abstimmung. Dafür müssen erst genug Wahlberechtigte dem Vorschlag zustimmen (bis zu 20% der Wahlberechtigten). Die Mehrheit entscheidet bei der Abstimmung über Ja oder Nein - allerdings muss diese Mehrheit mindestens auch 20%, der Stimmberechtigten umfassen. Der Bürgerentscheid ist ein seltenes und extremes Mittel, dem erst viele Gespräche und schriftliche Eingaben vorausgehen.

„sachkundige_r Bürger_in“ werden

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger sind Expertenstimmen in Fachausschüssen des Rates. Sie werden vom Rat gewählt und dürfen häufig mitreden, seltener mitentscheiden.

wählen lassen

Wer mindestens 23 Jahre alt ist, kann in NRW selbst zur Wahl als Bürgermeisterin oder Bürgermeister kandidieren - auch ohne Parteimitgliedschaft. Ab 18 Jahren können wir uns in den Gemeinde- oder Stadtrat wählen lassen und dort die kommunale Entwicklung mitbestimmen. Die Kandidatur bedarf natürlich gründlichster Vorbereitung.

Finanzierung. Wer macht's möglich?

Grundlagen der Finanzierung

Ideenreichtum, Initiative und gute Kontakte vorausgesetzt - ohne Geld läuft nicht viel. Das gilt auch für auch für LSBT-Projekte, die fast immer ehrenamtlich besetzt sind. Die Beschaffung der nötigen Förder- oder Spendenmittel ist eine Kunst für sich, die gute Planung, viel Zeit, Ausdauer und Know-how verlangt. Zur Anregung hier eine Kurzfassung möglicher Finanzierungswege.

Gemeinnützigkeit

Die besten Chancen auf öffentliche Förderung, Stiftungszuschüsse und Social Sponsoring haben Gruppen, die anerkannt gemeinnützig sind. Gemeinnützig sind eingetragene Vereine (e.V.), gGmbH oder Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR), die einen gemeinschaftlichen ideellen Zweck verfolgen - das heißt vor allem nicht unternehmerischen Zwecken dienen. Ein Verein braucht für die Gemeinnützigkeit einen Namen, einen Vorstand, eine Satzung und mindestens sieben Mitglieder mit einem gemeinsamen Anliegen, das dem Gemeinwohl dient. Die gute Nachricht: Auf viele LSBT-Initiativen trifft das zu. Nicht so gut: Vereine müssen die Gemeinnützigkeit mit Vorlage der Satzung bei ihrem zuständigen Finanzamt beantragen - und oft langwierig darauf beharren, bis der Antrag bewilligt wird.

Planung ist alles

Finanzierungsvorhaben wollen vorab genau geplant sein. Ob einmalige Veranstaltung oder dauerhafte Einrichtung: Nicht nur das Wann, Wer, Wo, Wie und Wie teuer muss genau abgeklärt sein, bevor eine Förderung oder Spende in Angriff genommen wird. Auch die Aufgabenverteilung muss stimmen: Wer übernimmt welche Schritte, Kontakte, Anträge? Welche Arbeiten sollen bezahlt werden, welche nicht? Wenn diese Fragen nicht von Anfang an klar geregelt sind, kommt es in fast jeder Gruppe spätestens zum Konflikt, sobald es ums Geld geht.

Was alle Geldgeber wissen wollen

Bestimmte Punkte fragen Kommunen, Länder, Stiftungen, Lotteriebetriebe, Unternehmen oder private Spenderinnen und Spender immer ab, wenn sie um Geld gebeten werden. Diese Auskünfte lassen sich also gut schon im Vorfeld vorbereiten. Dazu gehören:

1. die Beschreibung der Organisation (ggf. mit Kopie der Satzung, und Vereinsregistereintrag): Wer sind wir?
2. eine konkrete Beschreibung des Vorhabens und seiner Notwendigkeit: Was genau wollen wir tun und warum?
3. ein genau formuliertes Ziel des Vorhabens: Was wollen wir bewirken?
4. Angaben zur Zielgruppe: Wen wollen wir erreichen, wem nützt es?
5. der konkrete Durchführungsort und Zeitraum: Wann geht's wo los, wann sind wir fertig? (wichtig: Bei Antragstellung sollte noch nichts begonnen haben!)
6. ein Kosten- und Finanzplan mit Auflistung der erwarteten Einnahmen und Ausgaben, beispielsweise für Anzeigen, Flyerdruck oder Porto, Raummiete, Honorare, Übernachtungs- und Reisekosten: Wie viel Geld brauchen wir?
7. Angaben zum Eigenkapital: Was bringen wir selbst ein?

Ressourcen

Unschwer lässt sich erkennen, dass eine Initiative über bestimmte Ressourcen verfügen muss, um an Gelder zu kommen. Vor allen Dingen muss sie in Personal, Verwaltung und Kommunikation investieren. Die mit der Geldbeschaffung betrauten Mitwirkenden müssen (üblicherweise unbezahlte) Zeit für Schreiben, Anträge, Gespräche sowie Meldungen in Netzwerken oder der Presse mitbringen. Außerdem sollte immer der Vereinsvorstand mit an Bord sein. Er hat von allen die besten Kontakte und den größten Einfluss.

Kontakte speichern und pflegen

Zu den administrativen Ressourcen gehören Datenbanken mit Kontaktdaten potenzieller Förderer, Sponsorinnen oder Spender. Diese Daten gilt es sorgsam aktuell zu halten und zu pflegen. Nur wer die ins Visier genommenen Finanzquellen persönlich und namentlich anspricht, kann Erfolg haben. Bettelbriefe mit unpersönlichen Massentexten landen im virtuellen oder realen Papierkorb. Adressen - postalisch, telefonisch und online - sind unverzichtbare Basis für jedes Fundraising. Auch Mailverteiler geeigneter Gruppen (Unternehmen, Verbände, Stiftungen, Erbegemeinschaften usw.) sind oft das sprichwörtliche Gold wert!



Wortstark und bildlich

Bei den nötigen kommunikativen Ressourcen steht an erster Stelle eine gute Öffentlichkeitsarbeit (siehe S. 42-47). Geldgeberinnen und -geber wollen genau erfahren, wo sie investieren. Aussagekräftiges Bildmaterial ist da ebenso hilfreich wie ansprechende Texte. Ein ganz wichtiger Punkt bei der Finanzierung ist ein schnell erkennbares Spendenkonto auf Briefköpfen, in Flyern, Anzeigen und E-Mail-Signaturen. Aber auch sorgfältig vorformulierte Anfrage- und Dankeschreiben gehören zu einer gut organisierten Geldquellensuche. Eine gute Idee ist es, sich beim Texten dieser wichtigen Requisiten professionelle Unterstützung zu holen.

Nur nicht aufgeben

Ausdauer und Beharrlichkeit sind bei der Mittelbeschaffung existenziell. Alle Beteiligten müssen eine Menge Kraft, Frustrationstoleranz und Geduld aufbringen. Sie haben unter Umständen viele Absagen zu verkraften. Und ist einmal eine Zusage errungen, dann vergehen bis zur formellen Bewilligung oder gar Überweisung von Geldern manchmal noch Monate. Damit müssen alle rechnen.

Finanzierung. Wer macht's möglich?

Öffentliche Förderung

Obwohl die Förderungen aus öffentlicher Hand seit Jahren immer stärker zurückgehen, ist ein Antrag auf Mittel aus den staatlichen Töpfen immer noch eine gute Idee. Denn grundsätzlich verfügen sowohl die Kommunen als auch die Bundesländer, der Bund und die Europäische Union über selbstständige Haushalte, aus denen sie durchaus auch für LSBT-Projekte Fördermittel bewilligen können. Wer aber gar nicht erst fragt, muss sich nicht über Geldmangel beklagen!

Früh ans Werk

Öffentliche Mittel müssen unbedingt frühzeitig beantragt werden. Ob Gemeinde oder Land: Die Verwaltungen beraten meist schon im Vorjahr über den kommenden Haushalt. Teils beschließen sie ihn dann bereits - und danach ist es zu spät für neue Projekte. Also lange Vorlaufzeiten von vornherein mit einplanen!

Zuständigkeiten

Kommunen, Länder, Bund und EU organisieren ihre Finanzen nach Ressorts (Ministerien, Fachabteilungen). Die für LSBT-Angelegenheiten zuständigen Fachstellen in großen NRW-Städten sind bereits auf S. 24 aufgeführt. Andere kommunale Stellen könnten beispielsweise unter den Stichworten Gleichstellung, Antidiskriminierung oder Diversity online auf den Seiten der jeweiligen Stadt- oder Landesverwaltung zu finden sein. Auch ein Anruf in der Zentrale kann sich dafür lohnen. Ein wenig Recherche nach der passenden Ansprechpartnerin oder dem Ansprechpartner für eine Förderung ist auf jeden Fall sinnvoll - sonst bleiben Anfragen schlicht unbeantwortet.

Förderrichtlinien

An wen der Antrag auch geht - Antragstellende sollten immer so gut wie möglich Bescheid wissen über Finanzierungsarten und Zuwendungsrecht an dieser spezifischen Stelle. So gut wie alle Förderstellen haben Förderrichtlinien, in denen steht, an wen und wofür sie gern Mittel vergeben möchten. Diese Richtlinien gilt es unbedingt zu finden und zu beachten. Je genauer ein Antrag sich daran hält, desto größer werden seine Chancen! Auf der Website des zuständigen Ministeriums, der Stadt oder Fachstelle stehen Förderrichtlinien unter Umständen schon online zum Download bereit. Oder sie werden auf Wunsch zugesandt. Diesen Schritt auf keinen Fall auslassen!

Antragstellung

Förderanträge sind Fleißarbeit. Bei den meisten Stellen warten Formulare von zig Seiten Umfang auf ausführliche und detailgenaue Angaben zum Projekt, das Geld braucht. Aber gerade in Zeiten knapper Mittel ist es umso wichtiger, sich von dieser Aufgabe nicht abschrecken zu lassen. Initiative, anvisiertes Ziel und Zielgruppe, Ort, Zeitrahmen und Kosten: Mit den Punkten auf S. 34/35 ist das Wichtigste abgedeckt, was in einem Förderantrag stehen muss. Allerdings können noch viele weitere Angaben nötig sein. Es ist sehr wichtig, das spezifische Formular der angefragten Stelle zu verwenden und individuell auszufüllen - die Einhaltung der formalen Vorgaben ist an allen öffentlichen Stellen von großer Bedeutung. Sonst war am Ende die Mühe umsonst! Antragsformulare können angefordert werden oder stehen ggf. auf der Website der Förderstelle online zum Download bereit.

Landesförderung NRW

Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen für LSBT stammen zurzeit (2015) hauptsächlich vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter NRW (MGE-PA). Diese Zuschüsse vermitteln unter anderem die Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW e.V. in Düsseldorf und das Schwule Netzwerk NRW e.V. in Köln. (Mitglieds-)Gruppen können dort Projektanträge einreichen, bei deren qualifizierter Antragstellung die beiden Landesstellen helfen.

Finanzierung. Wer macht's möglich?

Stiftungen und mehr

Stiftungen, die fördernd tätig sind, geben entsprechend ihrem Zweck Gelder für die unterschiedlichsten Projekte. Einige wenige haben eine spezifische LSBT-Ausrichtung. Unter den Gesichtspunkten der Gesundheits-, Jugend- oder Altersförderung, Bildungs- oder Sportprogrammen können wir aber auch andere mit unseren Zielen vereinbare Stiftungszwecke finden.

Stiftungen mit LSBT-Bezug

Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld (BMH) mit Sitz in Berlin möchte Bildungs- und Forschungsprojekte fördern und „einer gesellschaftlichen Diskriminierung von Homosexuellen in Deutschland entgegenwirken“. Alles Nötige zu Fördermöglichkeiten und Anträgen steht online bereit.

Die Berliner Hannchen-Mehrzweck-Stiftung (hms) fördert Bildungsprojekte für die „Emanzipation von Lesben und Schwulen und queerer Bewegung“. Förderrichtlinien und Antragsformulare sind online erhältlich.

Noch verhältnismäßig jung und finanzarm ist die 2010 gegründete Arcus-Stiftung mit Sitz in Köln. Es wird sicherlich noch eine ganze Weile dauern, bis diese lesbische und schwule Projekte fördert.

Andere Stiftungen

Der Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V. bietet bundesweit Hilfestellung beim Recherchieren passender gemeinnütziger Stiftungen. Auf seiner Website gibt es rechts die Stiftungssuche, über die fast 9.000 in Deutschland tätige Stiftungen nach ihren Aufgabebereichen gefunden werden. Der Bundesverband gibt auch einen Überblick über vorhandene Mittel und aktuelle Förderaktivitäten der Stiftungen.

Auf der Website des nordrhein-westfälischen Innenministeriums www.mik.nrw.de findet sich eine Liste sämtlicher Stiftungen in NRW.

Service-Clubs

Die Förderprogramme von klassisch konservativen Service-Clubs wie dem Lions Club oder Rotary mögen auf den ersten Blick nicht wie passende Geldquellen für LSBT aussehen. Doch beide legen ihre Schwerpunkte auf die Jugendarbeit, die Rotarier zudem auf humanitäre Hilfe und Völkerverständigung. LSBT-Projekte, die ähnliche Zielgruppen umfassen, haben also Chancen. Eine rein weibliche Ausrichtung hat Zonta International, eine Service-Organisation berufstätiger Frauen, die vor allem junge Frauen politisch, wirtschaftlich und beruflich fördert - eine Möglichkeit für Lesbenprojekte.

Lotterien

Gemeinnützige Vereine haben sehr gute Chancen auf Zuschüsse aus Lottereeinnahmen der Aktion Mensch. Für LSBT-Projekte gilt das besonders dann, wenn Inklusion dabei eine Rolle spielt, also auch Menschen mit Behinderung zur Zielgruppe gehören. Auf der Website der Aktion Mensch finden sich alle nötigen Infos zur Antragstellung, die auch online erfolgen kann.

Die Deutsche Fernsehlotterie vergibt Mittel für soziale Projekte über das Deutsche Hilfswerk. Anträge und Richtlinien werden auch hier online bereitgestellt.



Finanzierung. Wer macht's möglich? Fundraising

Seit immer mehr öffentliche Quellen versiegen, ist das Fundraising durch Spenden und das Sponsoring durch Unternehmen zum Mittel der Wahl geworden - auch bei LSBT-Organisationen und -Vereinen. Diese Art der Mittelbeschaffung erschöpft sich aber keineswegs in Massen-Mailings. Wenn es Erfolg haben soll, verlangt gerade das Fundraising ein äußerst planvolles und nachhaltiges individuelles Vorgehen mit Finger-spitzengefühl und Erfahrung.

Private Spenden

Gemeinnützige Organisationen können für Spenden aus privater Hand meist Spendenbescheinigung ausstellen. Spenderinnen und Spender können diese Gelder dann steuerlich geltend machen, was für viele ein nicht unerheblicher Anreiz ist. Es lohnt sich also (sofern Umstände und Zeitpunkt stimmen), vermögende Personen auf eine Spende anzusprechen oder sie anzuschreiben. Mit Anzeigen - ob online auf Bannern oder real auf Plakatkästen - lässt sich auch direkt zu Spenden aufrufen. Das gut erkennbare Spendenkonto nicht vergessen!

Unternehmensspenden

Vielleicht können wir eine Firma der Region für eines unserer Projekte begeistern. Auch hier zählen Spendenquittungen zu den wirksameren Argumenten - aber noch wichtiger ist eine Affinität zur guten Sache. Besonders vielversprechend ist es daher natürlich, sich an schwule Unternehmer oder lesbische Unternehmerinnen zu wenden, denen die Community selbst am Herzen liegt. Und es geht nicht nur um Geld: Auch Sachmittel (Bierbänke, Flyerdruck, Roll-ups ...) sind willkommene Hilfen.

Briefe

Wer schriftliche Bitten um Spenden nicht sehr individuell auf die Adressaten zuschneidet, kann es ebensogut lassen. Der Spendenzweck muss persönlich überzeugend vermittelt werden. (Das spielt auch rechtlich eine Rolle, denn unangeforderte Massen-E-Mails verstoßen gegen das Wettbewerbsrecht.) Wir müssen uns also genau informieren, an wen wir da schreiben und was sie oder ihn mit unserem Projekt verbinden könnte. Briefe eignen sich gut, um von Erfolgen und Herausforderungen der eigenen Initiative zu berichten oder an frühere Spenden zu erinnern. Besondere Anlässe wie etwa der Internationale Tag gegen Homo- und Transphobie am 17. Mai oder der Internationale Frauentag am 8. März verleihen dem Brief Aktualität. Die Spende soll sich so einfach und angenehm wie möglich gestalten. Spendenkonto oder Überweisungsvordrucke also nicht vergessen!

E-Mails

Solche Schreiben können natürlich viel kostengünstiger per E-Mail versendet werden. Allerdings gelten bei den meisten Empfängerinnen und Empfängern gerade der jüngeren Generation E-Mails als unzuverlässiges Medium. Sie gehen in der alltäglichen Mailflut allzu leicht unter und werden nur selten ganz gelesen.

Aufrufe in sozialen Netzwerken

Sofern eine Organisation eine eigene Facebook-Seite, ein Twitter-Konto und/oder ein Profil bei Google+ besitzt, kann sie ihre Fans und Follower und auch deren Freunde leicht über die sozialen Netzwerke erreichen. Darüber kann ohne weiteres auch ein Spendenaufruf laufen. Der Vorteil liegt auf der Hand: Es ist nur eine Mitteilung nötig, und die erreicht Interessierte von selbst. Andererseits ist so ein Aufruf im Verlauf eines Tages auch rasch wieder aus der Empfänger-Timeline verschwunden - mindestens einmal Auffrischen empfiehlt sich also. Wie immer bei Social Media gilt: kurz fassen und knackig auf den Punkt kommen. Ausführliche Darlegungen der Lage sind hier fehlt am Platz. Bei Facebook auf keinen Fall ein ansprechendes Foto vergessen!

Persönliche Gespräche

Gespräche von Angesicht zu Angesicht sind nachweislich die erfolgversprechendste Methode im Fundraising. Anlässe wie Straßenfeste, Infostände, Empfänge oder speziell vereinbarte Gesprächstermine gilt es hier so zu nutzen, dass eine Bitte um Unterstützung natürlicher Teil der Unterhaltung wird und nicht wie plumpe Bettelei herüberkommt. Das ist nicht einfach. Training hilft aber. Schon im Vorfeld lässt sich üben, das Projekt kurz und prägnant vorzustellen und die Bitte unaufdringlich zu formulieren. Ebenso wichtig ist es, eine konkrete Summe zu nennen. Anstatt „Uns ist mit jedem Euro geholfen“ also besser: „Wir hoffen, wir können Sie für diese Idee begeistern. Mit einer Anschubfinanzierung von 5.000 Euro könnten wir schon nächsten Monat an den Start gehen.“

Benefiz-Veranstaltungen

Events sind zwar zeitaufwändig und teuer - aber sie machen vielen Menschen gleichzeitig Spaß, sind gute Öffentlichkeitsarbeit und können auch neue Gelder hereinbringen. Bei Benefiz-Veranstaltungen, etwa einer großen Feier, einem Ball, einem Lauf, einer Versteigerung oder Tombola greifen die Anwesenden meist gern in die Tasche, um mitzumachen. Die Einnahmen, auch Eintrittsgelder, Startgelder oder Spendensammlungen, kommen dann dem geplanten Projekt zugute. Bei Events muss eine sorgsame Vorplanung mit Raummieten, Gastronomiekosten, Anmeldungen, Teilnehmendenlisten usw. dafür sorgen, dass es keine Verluste gibt.

Sponsoring

Im Gegensatz zur Spende erhalten Sponsorinnen und Sponsoren für ihren Einsatz eine Gegenleistung. Üblicherweise geht es dabei ums Image oder die Erhöhung des Bekanntheitsgrades eines Unternehmens. Nur deshalb sponsern Trendgetränke Sportevents oder Automarken Traditionsfestspiele: Sie wollen so cool bzw. so renommiert wahrgenommen werden wie die Veranstaltungen. Auf LSBT-Anliegen übertragen heißt das: Ein erhoffter Imagegewinn wird Grund Nummer eins sein, warum Firmen vor Ort uns unterstützen.

Imagegewinn

Bieten wir ihnen also ein gutes Image. Berichten wir ausführlich und mit überzeugend positiven Bildern oder Feedbacks davon, wie gut die letzte CSD-Parade, die Einweihungsparty oder auch der Filmabend zum Frauentag ankamen! Auch vor wirtschaftlichen Argumenten braucht niemand zurückzusehen. Machen wir mit handfesten Zahlen auf unseren Marktwert, auf die Größe und Kaufkraft unserer Zielgruppe aufmerksam - das ist in Ordnung!

Social Sponsoring

Bei nichtkommerziellen Organisationen engagieren sich Unternehmen hauptsächlich deshalb, weil ihnen ein moralischer Imagegewinn vorschwebt. Von Social Sponsoring sprechen wir, wenn beispielsweise eine Babynahrungsfirma eine Kinderschutzorganisation unterstützt. Das Unternehmen will in Moral investieren - erhofft sich außer einer Motivierung seiner Mitarbeiter_innen* aber auch höhere Verkaufszahlen, wenn ihre überlegene Ethik bekannt wird. Die frisch begehrte „Corporate Social Responsibility“ (CSR) größerer Unternehmen kann LSBT-Projekten durchaus nutzen. Wir müssen für unsere Projekte Unternehmen finden, denen an der Demonstration gesellschaftlicher Verantwortung liegt, denen das Gleichbehandlungsprinzip (gerade in Zeiten europaweiter ethischer Rückschrittlichkeit) viel bedeutet und die möchten, dass alle das wissen. Auch bei der Sponsorenwahl wird also eine gründliche Recherche zum unverzichtbaren Mittel.

>>

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Umgang mit den Medien

Onlinespenden

Auf der projekteigenen Website oder in sozialen Netzwerken (siehe S. 39) zum Spenden aufzurufen, ist in Zeiten ständiger Vernetzung ganz normal geworden - und hat Erfolg. Mit über 60 Euro liegt die durchschnittliche Online-Spendenbereitschaft der Deutschen weit über dem Rücklauf klassischer Mailings. Teuer ist allerdings das Einrichten einer Website, die Spenden bequem möglich macht. Ein automatisierter Spezialdienstleister wie Spendino ist günstiger als eine eigens engagierte Programmierfachkraft - erfordert aber eigene Arbeitszeit. Wichtig ist auch der Inhalt der Website. Visuelle Botschaften mit kurzen Texten, die tagesaktuell gepflegt werden, versprechen den größten Erfolg.

Crowdfunding

Beim sogenannten Crowdfunding wird eine Vielzahl von Einzelspenden über eine zentrale Internet-Plattform gesammelt. Für den Projektstart wird eine Deadline festgelegt, und was bis dahin an Online-Spenden eingeht, kommt dem geplanten Projekt zugute, wenn die erhoffte Summe erreicht wird. Auf Portalen wie www.startnext.de oder www.visionbakery.com war in den letzten Jahren eine beträchtliche Anzahl an Projektfinanzierungen erfolgreich. Vor allem Film- und Buchprojekte wurden so realisiert. In Deutschland kommen so auch Existenz-gründungen zustande. Die Ansprache der Einzel-spenderrinnen und -spender ist emotional. Ihre Bindung wird durch regelmäßige Erfolgsmeldungen in sozialen Netzwerken gefestigt. Wenn es klappt, fühlen sich alle als Sieger. Gegenleistungen sind je nach Spendenhöhe beispielsweise DVDs, Bücher und Dankesnennungen im fertigen Produkt. Wird die erhoffte Geldsumme zum festgesetzten Zeitpunkt nicht erreicht, wird das Spendenangebot auch nicht abgebucht. Es gilt also realistische Summen einzuwerben.

Bindungsstrategien

Bei allen erfolgreich gefundenen Spenderinnen und Spendern gilt: Wer auf längerfristige Unterstützung hofft, muss unbedingt dranbleiben! Bestimmte Maßnahmen binden sie länger an das Projekt. Beliebte Methoden sind persönliche Dankeschreiben und jährliche Anrufe zur Erinnerung, außerdem beispielsweise Feiern und Ehrungen, Mitgliedschaften, Fördervereine oder Patenschaften.

Steuerliche Risiken

Steuerbegünstigte Organisationen, die Zuwendungen von Unternehmen bekommen, gehen ein gewisses steuerliches Risiko ein. Sie müssen vor allem bestimmte Freigrenzen einhalten, damit sie nicht im Nachhinein zur Zahlung von Körperschafts- bzw. Umsatzsteuer verpflichtet werden. Daher sollten sie schon im Vorfeld des Sponsoring professionellen steuerlichen oder rechtlichen Rat einholen.

Die tollsten Aktionen nützen nichts, wenn niemand etwas davon erfährt. Um andere Menschen über die Aktivitäten einer Initiative auf dem Laufenden zu halten, um das Vereinsanliegen publik zu machen und mehr Unterstützer_innen* zu gewinnen, ist regelmäßige PR-Arbeit nötig. Dazu gehören Infotexte und Bilder in Flyern, auf Plakaten und auf der Website - vor allem aber gut organisierte Informationen an die Presse.

Öffentlichkeitsarbeit macht zu einem ganz erheblichen Teil den Erfolg einer Gruppe aus. Vereine und Initiativen sollten ihre PR also ernstnehmen und am besten eine Person mit entsprechender Erfahrung oder zumindest Textaffinität fest mit dieser Aufgabe betrauen. Diese Ansprechperson sollte es den Medien grundsätzlich so einfach wie möglich machen, über die eigene Organisation zu berichten.

Kontaktpflege

Die Verbindungsleute zu den Medien müssen namentlich bekannt sein. Kontakte zu den zuständigen Mitarbeiter_innen* der Tages- und Lokalpresse (auch kostenloser Anzeigenblätter), von LSBT- oder Stadtmagazinen (und zwar von Print- und Online-Medien), zum Lokalradio oder auch zum Fernsehen zu knüpfen und zu halten, zahlt sich aus. Wer noch nicht weiß, wie die geeigneten Ansprechpersonen heißen, sollte sich vorher erkundigen, etwa ins Impressum einer vorhandenen Ausgabe schauen, bei der Telefonzentrale nach dem Namen fragen oder online recherchieren.

Pflichten der Presse

Journalistische Kontaktpflege erhöht die Chancen, im Fokus der Öffentlichkeit zu bleiben. Zumal keine Zeitung dazu verpflichtet ist, nur wegen einer Pressemitteilung einen Artikel über die Gruppe oder ihr Anliegen zu bringen. Es liegt im Ermessen der Redaktion, ob und in welcher Form sie berichtet. Auch braucht sie eine Gruppe den Artikel nicht vor dem Erscheinen gegenlesen lassen. Allerdings muss die Presse neutral und wahrheitsgemäß berichten. Tut sie das nicht, muss das entsprechende Medium eine Richtigstellung und ggf. auch eine Gegendarstellung veröffentlichen.

Pressegespräche

Pressekonferenzen sind außer bei Großereignissen im LSBT-Bereich selten wirklich nötig. Wirksamer können informelle Pressegespräche mit wenigen örtlichen Medienvertreterinnen und -vertretern sein. Grundsätzlich sollten höchstens drei Stimmen für einen Verein oder eine Gruppe sprechen und diese sollten kurze, prägnante Botschaften präsentieren. Bei jedem Pressegespräch sollte schriftliches Hintergrundmaterial vorbereitet sein, damit die Medienleute schnell bequemen Zugang zu den Informationen haben.



Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Presseverteiler und Pressemitteilung



Bevor überhaupt irgendwelche Informationen an die Medien gehen können, muss klar sein, wer genau informiert wird. Dazu gibt es den Presseverteiler - eine Datenbank mit allen für die Gruppe relevanten Redaktionen.

Die richtigen Ansprechpartnerinnen und -partner sind daran zu erkennen, dass sie zuständig fürs Lokalressort und/oder soziale Themen sind oder häufiger über Vereinsaktivitäten berichten. Sie sollten mit Kontaktinfos, mindestens Postadresse, Telefon und E-Mail, im Presseverteiler aufgeführt sein.

Fristen

Zusätzlich ist es sinnvoll, zu vermerken, wann Redaktionsschluss ist. Bei monatlich erscheinenden Printmagazinen kann zum Beispiel eine Vorlaufzeit von über vier Wochen gelten, bei Medien im Zweimonatsrhythmus stehen die Beiträge manchmal auch schon acht Wochen vor Erscheinen fest. Der Presseverteiler muss regelmäßig aktualisiert werden - Ansprechpersonen wechseln in der Medienlandschaft häufig.

Kontaktpflege

Journalistinnen und Journalisten, die einmal über uns berichtet haben, dürfen nicht einfach wieder aus dem Blickfeld der Gruppe verschwinden. Sie werden zu Veranstaltungen eingeladen und persönlich informiert, wenn sich etwas tut. Wenn ein Artikel über die eigene Initiative erschienen ist, ist es sinnvoll, die Verfasserin oder den Verfasser noch einmal kurz anzuschreiben oder anzurufen und Freude über einen gelungenen Bericht auszudrücken. Das sollte dann auch im Verteiler stehen, damit die entsprechende Person auf jeden Fall beim nächsten Anliegen wieder kontaktiert wird. Auch unangenehmere Erfahrungen mit einer Redaktion können vermerkt werden. So ist die oder der Nächste vorgewarnt.

Infoarchiv

Bestimmte Rückfragen wird die Presse immer wieder haben. Ein kleines Archiv, in dem die grundlegenden Informationen zur Gruppe hinterlegt und immer rasch zur Hand sind, nützt der Pressearbeit sehr. Darin sollten sich beispielsweise kurze und präzise Angaben zur Mitgliederzahl, zur Vereinsgründung, zum aktuellen Vorstand, zum Vereinszweck, zu Einnahmen und Zuschüssen stehen. Natürlich sammeln wir auch alle bereits erschienenen Presseartikel in einem gesonderten Pressearchiv. Das kann gut auch über die Vereins-Website zugänglich gemacht werden.

Die nach wie vor üblichste Form der Information an die Medien ist die Pressemitteilung. Sie geht in der Regel auf eigene Initiative per E-Mail an die Ansprechpersonen der Redaktionen von Print-, Online- oder Funkmedien. Wenn sie professionell getextet ist, Interessantes enthält und brauchbare Fotos anhängen (wenn sie es den Medien also so einfach wie möglich macht), steigen die Chancen, dass daraus tatsächlich ein Artikel wird.

Für eine Mitteilung an die Medien eignen sich alle größeren Veranstaltungen, Angebote, Erfolge oder Veränderungen, die eine Gruppe zu bieten hat. Fragen sollten wir uns immer, was für eine größere Leserschaft als unseren engen Interessenkreis lesenswert erscheint - denn die Redaktion wird genau das ebenfalls überprüfen. Grundsätzlich hilft lokale Nähe, wenn also etwas im Stadtviertel oder nahe einem bekannten städtischen Ziel stattfindet. Zahlen wie neue Teilnahme-rekord und erreichte Spendenziele oder Aufhänger wie Sonderveranstaltungen und neue Projektstarts sind immer eine Meldung wert. So gut wie sicher ist eine Veröffentlichung, wenn Besuche von Prominenten anstehen.

Aktuell bleiben

Eine gute Pressemitteilung muss lesenswert sein. So simpel das klingt, so entscheidend ist es. Dazu gehört unbedingt, dass die Neuigkeit auch neu ist. Idealerweise ist der Inhalt einer Pressemitteilung tagesaktuell oder betrifft die nähere Zukunft. Natürlich ist eine Veranstaltung vom Vorabend unbedingt einen Bericht wert - aber keine von vor drei Wochen. Über länger Vergangenes lässt sich nur noch mit einem aktuellem Aufhänger berichten, wie etwa einem Jahrestag, dem Erreichen eines neuen Zwischenziels oder der Vorstellung neuer Mitarbeitender.

Korrekt bleiben

Redakteurinnen und Redakteure stehen grundsätzlich unter Zeitdruck. Sie übernehmen den Text einer Pressemitteilung gern (fast) unverändert. Deshalb muss daran auch alles stimmen: Form, Rechtschreibung und Grammatik. Mindestens ist ein Rechtschreibkontrollprogramm Pflicht. Da aber auch das keineswegs fehlerfrei arbeitet, am besten die ganze Mitteilung noch einmal von einem zweiten Augenpaar mit Texterfahrung gegengelesen lassen. Vorher getroffene Absprachen und Rechte an dem Text der Mitteilung müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Es darf nichts drinstehen, das vom Vorstand oder der Gruppenmehrheit noch nicht zur Veröffentlichung genehmigt ist. Ungefragt fremde Formulierungen zu übernehmen ist unzulässig - außer als Zitat mit Anführungszeichen und Quellangabe.

Form

Der Begriff „Pressemitteilung“ sollte immer über dem Text stehen und die Überschrift in knappen Stichworten die Kernaussage der Mitteilung einfangen. In der Kopfzeile steht die absendende Initiative mit Ansprechperson, Telefon und E-Mail. Am besten eignet sich das offizielle Briefpapier der Gruppe. Es müssen große Seitenränder bleiben, und die Schriftart sollte nicht kleiner als 11 Punkt sein. Übrigens: Einige Redaktionen bekommen ihre Mitteilungen immer noch gern per Fax - am besten dann zusätzlich zur E-Mail faxen.

Stil

Knappheit heißt die Devise: kurze Sätze, wenig Nebensätze, keine inhaltlichen Umwege, die Dinge auf den Punkt bringen. Insgesamt sollte die Mitteilung nicht mehr als höchstens zwei Seiten umfassen; viele sind eher bereit, sich eine Seite anzuschauen als mehrere. Zwischenüberschriften helfen, schnell den Überblick zu finden. Unterstreichungen oder andere Hervorhebungen sind hier tabu. Es sollte ein neutraler Ton herrschen. Zwar sind positive Formulierungen über Erreichtes sinnvoller als negative über Versäumtes. Aber Eigenlob dennoch sparsam dosieren und auf wertende Superlative („der großartigste ...“, „die erfolgreichste ...“) besser ganz verzichten, ebenso auf emotionale Ausdrücke wie „bedauerlicherweise“ o. Ä. Pressemitteilungen werden nicht in der Ich-Form verfasst und niemand wird direkt mit „Sie“ oder „du“ angesprochen. Bei Namen sollte immer der Vor- und Zuname genannt sein. Abkürzungen stehen bei der ersten Nennung ausgeschrieben.

Aufbau

Das Wichtigste gehört an den Anfang, nämlich die Antworten auf die bekannten „W-Fragen“: Wer (Organisation/Name) macht was (Ereignis) wo (Ort) und wann (Datum, Uhrzeit)? Das Wie (beispielsweise Ablauf der Veranstaltung) und Warum (der Anlass) gehören in knapper Form in den zweiten und dritten Satz. Einzelheiten und Hintergrundinfos aber folgen später - hier kürzen Journalistinnen und Journalisten gerne etwas. Wahrheitsgemäße Zitate in Form kurzer Statements können den Text beleben. Spannende Passagen, etwa die Konsequenzen von Mittelkürzungen machen sich knapp und anschaulich geschildert gut!

Fotos

Gute Bilder erhöhen die Chancen auf einen Artikel enorm, denn sie ziehen am meisten Blicke auf sich. Redaktionen erwarten deshalb Fotos von uns. Die sollten ein Format von etwa 13 x 18 cm haben. Die Bildauflösung beträgt für Medien, die gedruckt werden, 300 dpi, für Webmagazine 96 oder 72 dpi. Die Fotos werden am besten im jpg-Format versendet. Dazu gehören die Namen aller gezeigten Menschen von links nach rechts, der Name der Fotografin oder des Fotografen und das Datum der Aufnahme. Wichtig: Alle erkennbaren Personen müssen mit der Veröffentlichung einverstanden sein, sofern das Foto keine öffentliche Massenveranstaltung zeigt. Sonst kann es rechtliche Probleme geben!

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Online-PR

SEO Keywords, freie Presseportale und Kontaktpflege über Social Media: Die Pressearbeit in den elektronischen Medien folgt speziellen Regeln. Diese sind nicht immer ganz einfach zu durchschauen und erfordern einige Vorkenntnisse. Wer sich regelmäßig mit Öffentlichkeitsarbeit im Netz befasst, sollte sich daher kompetenten Rat von Webprofis holen. Hier nur in aller Kürze ein Überblick über die wichtigsten Fakten.

Suchmaschinenoptimierung

Für jeden Online-Text, ob Vereins-Website oder Presstext, gilt: Die Suchmaschinen müssen ihn finden. Was nicht auf der ersten, maximal zweiten Ergebnisseite einer Google-Suche erscheint, wird auch nicht gelesen. Die Kunst, einen Text so suchmaschinenfreundlich zu gestalten, dass er nach einer Suche im Web hoch oben auf der Liste erscheint, heißt SEO für „Search Engine Optimization“, auf Deutsch Suchmaschinenoptimierung. Sinnvoll für den Anfang ist es, die passenden Schlagwörter fürs eigene Anliegen herauszufinden und in der Mitteilung öfter zu verwenden. Entscheidend ist immer die Frage: Wonach suchen andere Menschen, und finden sie das, was sie suchen, in unserem Webtext? Um die eigenen Schlagwörter zu finden, können sich z. B. mehrere aus der Gruppe zusammensetzen und jeweils in drei Minuten das Anliegen der Initiative vortragen. Die anderen machen dabei Notizen, welche Stichwörter fallen. Die fünf insgesamt am häufigsten verwendeten sind auch sinnvolle „Keywords“ für die Suchmaschinen.

Bilder

Außer den Texten sollten auch die Fotos für einen Online-Auftritt oder eine Online-Pressemitteilung webfreundlich gestaltet sein. Das heißt z. B., es dürfen nicht zu große Bilddateien sein, damit sich der Aufbau der Webseite nicht verzögert. Dafür ist es üblich, anklickbare Bildminiaturen einzusetzen, die erst bei einem Klick groß aufgehen. Das funktioniert mit Programmen für Blogs und Websites zum Selberbauen wie WordPress, Joomla oder Jimdo auch ohne Programmierausbildung. Wer ganz sichergehen will, formatiert ein Bild aber gleich so, dass es im Original bei 96 dpi Auflösung nicht höher als 13 cm ist - aber auch nicht kleiner als 5 cm. Mindestens ein Bild pro Beitrag ist Pflicht. Seiten ganz ohne Bilder kommen im Netz nicht gut an.

Videos

Videos sind nach wie vor ein Publikums- und Klickmagnet. Wer Geld und Zeit dafür hat, dreht also einen kleinen Film über aktuelle Vereinsvorhaben oder ein Interview mit dem Vorstand über die Vereinsziele oder einen Expertenkommentar zum Vereinsthema. Die technische Herstellung sollte allerdings ein Profi übernehmen. Das fertige Video lässt sich nicht nur auf der Website der Gruppe hochladen, sondern auch in Online-Pressemitteilungen und in den Social-Media-Meldungen als Link einbauen. Das beliebteste Instrument für eine solche Verlinkung ist und bleibt wohl YouTube - mit Registrierung können dort beliebig viele Filmchen gespeichert werden und auf zahlreiche Abrufe warten.

Facebook & Co.

Ein Verein oder eine Initiative tun gut daran, in den Social Media vertreten zu sein. Immer mehr Menschen suchen ihre Themen nur noch dort und schon gar nicht mehr über das gesamte World Wide Web. Facebook, Google+, Pinterest und wie sie noch heißen, haben alle den großen Vorteil, dass ein Konto und eine Seite bei ihnen rasch und einfach eingerichtet sind. Allerdings ist diese Präsenz dann auch nur begrenzt nutzbar und kaum individuell gestaltbar. Dennoch sind die meisten Gruppen aktiv in den Social Media und haben Recht damit. Denn es ist kaum schneller und aktueller möglich, alle Mitglieder und Interessierten gleichzeitig zu erreichen. Bei Facebook, dem zur Zeit für LSBT sicher wichtigsten sozialen Netzwerk, ist die Einrichtung einer „Seite“ für die ganze Initiative entscheidend - nicht nur das „Profil“ einer einzelnen Person. Auf dieser Seite postet die PR-Person einer Gruppe dann regelmäßig (z. B. zweimal wöchentlich) aktuelle Entwicklungen, Aufrufe, Nachfragen oder Veranstaltungen - immer äußerst kurz getextet und immer mit Foto. Damit auch die Presse im Bilde bleibt, müssen ihre Vertreterinnen und Vertreter als „Fans“ gewonnen werden.



Blogs

Bloggen bringt Webpräsenz. Wenn in einer Gruppe also jemand das technische Know-how und die Zeit dafür hat, einen Blog zur Initiative zu führen, hat seine oder ihre Gruppe die Nase im Web schon vorn. Dort kann sie dann regelmäßig, z. B. im monatlichen oder zweiwöchentlichen Rhythmus kleine Betrachtungen, Meinungen oder aktuelle Geschehnisse kommunizieren. Leserinnen und Leser können die Blogbeiträge kommentieren und durch Verlinkung auf die Website oder Facebook-Seite der Gruppe finden. Das klassische Mittel für Laien-Blogger ist WordPress. Ganz ohne Kenntnisse über das Programm oder zumindest andere Content Management Systeme würde es aber schwierig.

Presseportale

Ein hervorragendes Mittel der modernen Pressearbeit hat sich einige Jahre nach der Jahrtausendwende etabliert und ist heute fast unverzichtbar gerade für Gruppen mit schmalen Budget. Freie, von einzelnen Medienorganen unabhängige Portale wie openPR oder Online-Artikel oder PRcenter veröffentlichen Pressemitteilungen auf ihren Seiten so wie eingereicht und (ohne Zusatzdienste) gebührenfrei. Nur eine Registrierung wird in der Regel vorher verlangt. Dort können dann alle, die darüber berichten wollen, die Mitteilung herunterladen und daraus einen eigenen Artikel machen. Vor allem aber ist die Mitteilung auf einer Portalseite mit gutem Suchmaschinen-„Ranking“ schnell für alle Suchenden im Internet zu finden, sofern die Schlagwörter stimmen. Eine sehr gute Sichtbarkeit und Reichweite bringt eine regelmäßige Veröffentlichung auf mehr als einem Portal gleichzeitig.